



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Verband der bayerischen Bezirke:

Psychiatrie in Bewegung

Unter dem Motto „Psychiatrie in Bewegung“ tagte in Schweinfurt die **Verbandsversammlung der bayerischen Bezirke**. Vor 200 Teilnehmern hob **Verbandspräsident Manfred Hölzlein** in seinem Tätigkeitsbericht eingangs hervor, dass sich die **Haushaltssituation der dritten kommunalen Ebene ab dem kommenden Jahr „dramatisch“ entwickeln werde**. Nach einer **Trendberechnung werde die Umlagekraft der Bezirke im Jahre 2011 landesweit um mehr als acht Prozent sinken**.

Nach Hölzleins Angaben „bedeutet dies bei gleich bleibenden Hebesätzen ein Einnahmeminus von 190 Millionen Euro. Weil die Mehrausgaben im Sozialbereich um etwa 130 Millionen Euro anwachsen werden, befürchten wir ein Haushaltsloch von 320 Millionen Euro. Das würde eine Hebesatzsteigerung von knapp drei Prozentpunkten machen.“

In dieser angespannten Finanzsituation sei deshalb der Freistaat Bayern nun ganz besonders gefordert. „Die Zuwendungen an die Bezirke nach Artikel 15 Finanzgleichgesetz (FAG) müssen im nächsten Jahr erheblich aufgestockt werden. Denn nur so kann verhindert werden, dass die Umlagezahler der Bezirke, die kreisfreien Städte und Landkreise, weiter erheblich belastet werden. Denn auch sie sind in eine massive finanzielle Schieflage geraten“, appellierte der **Verbandspräsident** an die Bayerische Staatsregierung.

Positive Entwicklung

Mit Blick auf das Tagungsthema wusste Hölzlein in punkto Entwicklung bei den Psychiatrischen Institutsambulanzen (PIA) hingegen Erfreuliches zu berichten: Heute gebe es 68 Einrichtungen dieser Art im Freistaat, davon befänden sich 45 in bezirklicher Trägerschaft mit der beachtlichen Zahl von jährlich 230.000 Fällen. Ausdrücklich positiv ist laut Hölzlein auch die Tatsache zu werten, dass die **Bezirkskliniken eine Servicestelle gegründet haben**, die die Tätigkeit der PIA do-

kumentiert. Damit lägen zum ersten Mal wichtige Informationen über die Patientenstruktur und die erbrachten Leistungen vor.

Behandlung sichergestellt

„Danach können wir nun nachweisen, dass es zunehmend gelingt, stationäre Aufenthalte zu vermeiden oder zu verkürzen sowie die Behandlung von den Patienten sicherzustellen, die von

Deutscher Städtetag:

Vorbeugen ist besser als heilen

Neue Publikation zur Entwicklung kommunaler Sozialausgaben

Angesichts ungebremsst wachsender Sozialausgaben der Kommunen fordert der Deutsche Städtetag eine neue Aufteilung der Kosten für soziale Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie bessere Kostenfolgeschätzungen. Eine aktuelle Übersicht des kommunalen Spitzenverbandes mit Zahlen und Fakten zur langfristigen Entwicklung der verschiedenen sozialen Leistungen macht deutlich, dass die Städte dringend Hilfen zur Finanzierung ihrer Sozialausgaben benötigen.

Bei der Vorstellung der Publikation „Sozialleistungen der Städte in Not. Zahlen und Fakten zur Entwicklung kommunaler Sozialausgaben“ des Deutschen Städtetages in Berlin wies Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus darauf hin, dass die Haushalte der Städte immer mehr von den Sozialausgaben erdrückt werden. Kein anderer Ausgabenblock steige so rasch und mit solcher Dynamik an. Diese dramatische Entwicklung müsse gestoppt und umgekehrt werden. Sonst drohe vielen Städten der finanzielle Ruin. Nötig seien neben einer spürbaren Entlastung der Kommunen durch eine neue Kostenaufteilung auch wirksamere soziale Hilfen und die Vermeidung von sozialpolitischen Fehlanreizen, etwa bei den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose.

Ausgaben wachsen

Die neue Broschüre des Deutschen Städtetages stellt dar, um wie viel, mit welcher Dynamik und warum die Sozialausgaben der Städte stetig anwachsen. Damit sei die Veröffentlichung eine gute Datengrundlage für die wei-



Das Podium der jüngsten KPV-Sitzung (v. l.): Landesvorsitzender Stefan Rößle, stellvertretender Vorsitzender Georg Huber und Landesgeschäftsführer Werner Bumedder.

den Angeboten niedergelassener Ärzte nicht erreicht werden“, machte Hölzlein deutlich.

Zukunft der Förderschulen

Ein weiterer Schwerpunkt des ersten Konferenztages widmete sich dem aktuellen Thema der Zukunft der Förderschulen in Bayern. Ungeachtet der UN-Konvention, derzufolge der Freistaat und die kommunalen Ebenen aufgefördert sind, ein „inklusives Schulsystem“ auf den Weg zu

bringen, begrüßte der Präsident die Haltung der Bayerischen Staatsregierung, das bewährte Förderschulsystem nicht in Frage zu stellen. Selbstverständlich, so Hölzlein, hätten Eltern das Recht, sich für eine Einzelintegration ihres Kindes in eine Regelklasse mit Unterstützung eines Schulbegleiters zu entscheiden. „Ein inklusives Schulsystem kann aber aus unserer Sicht nur dann gelingen, wenn der Freistaat den Mobilen Sozialen Dienst wesentlich stärkt, (Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Wieviel Erde braucht der Mensch?

Ganz im Zeichen nachhaltiger Energiepolitik stand die **jüngste Landesvorstands- und Hauptausschuss-Sitzung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Bürgerhaus in Garching**. Nach einem Rundgang über das **Energie-Forum der Bayerischen Gemeindezeitung unter dem Motto „Power für Bayerns Kommunen“** (wir berichten darüber gesondert in Ausgabe 14) und einem **kurzen Bericht des Landesvorsitzenden Stefan Rößle** befasste sich **Prof. Dr. Armin Reller** von der Universität Augsburg in seinem höchst informativen Vortrag mit der Frage **„Wieviel Erde braucht der Mensch?“**

Prof. Reller, gebürtiger Schweizer, war von 1988 bis 1992 Koordinator des Faches Umweltelehre an der Universität Zürich. 1992 übernahm er den Lehrstuhl für Anorganische und Angewandte Chemie an der Universität Hamburg und ist seit 1999 Inhaber des Lehrstuhls für Festkörperchemie der Universität Augsburg. Reller ist Leiter des Schweizer Programms für Wasserstoff/Solarchemie und regenerative Energieträger und Vorstandssprecher des Wissenschaftszentrums Umwelt.

Parabel vom Bauern Pachom

Das Thema seines Festvortrags hatte sich der Chemiker und Umweltwissenschaftler vom russischen Schriftsteller Leo Tolstoi entliehen. In der gleichnamigen Geschichte aus dem Jahre 1885 erzählt dieser die Parabel vom Bauern Pachom, der vom „glücklichen und stolzen“ Landbesitzer zum streitsüchtigen Nimmersatt wird. Am Ende wird Pachom seine Gier zum tödlichen Verhängnis. Reller führte in seinem Referat aus, wie diese Parabel aus heutiger Sicht zu lesen ist und wie man dem Schicksal Pachoms entrinnen kann.

Die Mitteleuropäer pflegen nach Rellers Aussage einen Lebensstil, der durch die alltägliche Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, Energieträgern und Gerätschaften aus aller Herren Länder einen historisch noch nie da gewesenen Standard erreicht hat. Dabei könnten sie sich den zweifelhaften Luxus leisten, sich weder um die Produktionsweisen noch um die zukünftige Versorgung kümmern zu müssen. Das

Verhalten sei dem von unbedarften Neokolonialisten gleichzusetzen, die nicht wissen wollen, „wie viel Wasser, Boden, Energieträger und Bodenschätze von global verteilten Produktionsstandorten unser Konsum beansprucht“.

Abhängigkeiten

In einem PC-Flachbildschirm zum Beispiel stecken über 50 verschiedene Metalle. Auch ein Handy trage diverse Metalle in sich – und davon würden 1,3 Milliarden Stück pro Jahr verkauft. Und so fragte sich Reller: „Wie (Fortsetzung auf Seite 4)



Mit Befriedigung hat der Bürgermeister das Ergebnis des Raucher-Volksentscheids zur Kenntnis genommen. Bleibt abzuwarten, wie die Vollzugsprobleme gelöst werden. Klar ist: Wer Entschlüsse fasst, bekommt dafür Prügel. Wichtig ist es, Entscheidungen zu treffen, die man vor sich wie vor den Bürgern verantworten kann und die dem Wohl aller dienen. S. 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Der elektrisch betriebene Tesla Roadster beim EnergieForum der Bayerischen Gemeindezeitung in Garching. Eine detaillierte Dokumentation der Veranstaltung folgt in der nächsten Ausgabe. Bild: Lechwerke AG

Sie lesen in dieser Ausgabe

Das Volk hat entschieden	Seite 2
Ländlicher Raum bleibt Förderschwerpunkt	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Freude in Schwarz, Rot und Gold	3
Spielräume bewahren!	3
Gleichwertige Lebensbedingungen inStadt und Land	3
GZ-Fachthemen: Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen	5-7
Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung · Abfall ...	8
Umwelt · Abfall	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Das Volk hat entschieden

Ab 1. August gilt in Bayern wieder das strikte Rauchverbot in öffentlichen Räumen

Nach fast fünfjährigem Streit um den besten Schutz vor Tabakqualm ist in Bayern entschieden: Ab 1. August gilt wieder das 2007 zu Zeiten der CSU-Alleinregierung vom Landtag verabschiedete Gesundheitsschutzgesetz. Im Volksentscheid stimmten am 4. Juli 61 % der Wähler dafür, nur 39 % votierten für die von der CSU/FDP-Koalition vor genau einem Jahr beschlossene liberalere Fassung. Die Ausnahmeregelungen für Kneipen, Gaststätten und Festzelte sind damit zumindest auf absehbare Zeit vom Tisch.

Das von der ÖDP angestoßene, von SPD und Grünen unterstützte Volksbegehren zur Rückkehr zum strikten Rauchverbot in öffentlichen Räumen hatte Anfang Dezember 2009 mit 1,3 Millionen Unterschriften von 9,4 Millionen Wahlberechtigten die Zehn-Prozent-Hürde der Verfassung deutlich überschritten. Im Landtag lehnte es die Koalition ab, diesem Volksbegehren zuzustimmen, womit es ohne Volksentscheid Gesetz geworden wäre.

Viel Hin und Her

Ministerpräsident Kurt Seehofer schwor die CSU auf die Formel ein, es sei richtig, nach allem Hin und Her das Volk entscheiden zu lassen. Daran hielten sich auch Gesundheitsminister Dr. Markus Söder und Fraktionsvorsitzender

Georg Schmid, der zu den Initiatoren des strengen Gesetzes von 2007 gehört hatte. Nur Dr. Thomas Zimmermann bekannte sich auch noch in der Werbekampagne für den Volksentscheid zusammen mit Ärzten von FDP und Grünen für die Rückkehr zum Gesetz von 2007.

Niedrige Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung beim Volksentscheid lag mit 37,7% sehr niedrig, doch laut Verfassung reicht zum Erfolg jede Mehrheit. Staatsregierung und CSU blieben bei der Formel, es sei richtig gewesen, die Bürgerinnen und Bürger entscheiden zu lassen. Vizeministerpräsident und Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) dagegen bedauerte, dass sich die CSU nicht für die liberalere Ge-

setzesfassung eingesetzt habe. Die Änderung von 2009 war im Koalitionsvertrag der neuen Regierungsparteien festgeschrieben worden. Für SPD und Grüne ist die unentschlossene Haltung der CSU und die Quittung durch den Volksentscheid ein weiterer Beweis für die Unfähigkeit der Union. Für die Freien Wähler äußerte sich Hubert Aiwanger zurückhaltend. In seiner eigenen Partei gab es zum Volksentscheid geteilte Meinungen.

Kommunale Bedenken

Der Vollzug des neuen, alten Gesundheitsschutzgesetzes sei nun Aufgabe der Kreisverwaltungsbehörden, erklärte Söder. Wie, das ließ er offen. Es gab bereits aus kommunalen Kreisen Bedenken. Münchens Kreisverwaltungsreferent Wilfried Blume-Beyerle meinte, die Stadt werde angesichts knappen Personals keine flächendeckenden Kontrollen hinbekommen. Für das Jubiläumsoktobertfest heuer ab Ende September (das erste war am 27. Oktober 1810) gilt eine einmalige Ausnahmeregelung. Söder ließ offen, inwieweit die Städte und Gemeinden vom Strafrahmen für Verstöße gegen das Rauchverbot Gebrauch machen werden. Artikel 9 des Gesetzes sieht bei Ordnungswidrigkeiten Geldbußen für Gastwirte und andere Veranstalter vor. Rauchsünder können ab fünf Euro zur Kasse gebeten werden, je nach örtlicher Vollzugsatzung. **rm**

Arbeitslosigkeit und Armut in Bayern am niedrigsten

Sozialbericht 2010 ergibt auch regionale Unterschiede
Ministerin Haderthauer verspricht Hilfen für die Armen

Eine hervorragende Ausgangsbasis für die Zukunft der Menschen in Bayern sieht Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) im Sozialbericht 2010 prognostiziert. Das 226 Seiten umfassende statistische Jahrbuch belegt, dass der materielle Wohlstand im Jahr 2008 bei allen regionalen Unterschieden im Freistaat der höchste in Deutschland war. Dafür stehe die niedrigste Arbeitslosenquote und das bundesweit gleichfalls niedrigste Armutsrisiko. Der Sozialausschuss des Landtags nahm den Bericht zunächst ohne Aussprache entgegen. Er wird Grundlage für kontroverse Diskussionen zwischen Koalition und Opposition sein, mündend in die Beratungen des Staatshaushalts 2010/11 ab Herbst dieses Jahres.

Bisher gab es Sozialberichte nur für mehrere Jahre; ab heuer soll das Zahlenwerk jährlich vorgelegt werden, worauf die Opposition gedrängt hatte und wie es im Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP festgeschrieben wurde. Haderthauer fasste bei der Vorlage zwar zusammen, „dass

wir unsere Initiativen und Leistungen gut ausgerichtet haben“, verhehlte aber auch die regionalen Unterschiede nicht. Sie bestehen demnach in der Wirtschaftskraft und bei den Nettoeinkommen.

Als Beispiel dafür, wie differenziert die einzelnen Statistiken zu bewerten sind, griff die Ministerin

einige Zahlen aus dem Bericht heraus.

Niederbayern am reichsten

So seien die Niederbayern die reichsten Bayern, weil ihr monatliches Durchschnittseinkommen zwar nominal mit 1345 Euro deutlich unter dem Bayernschnitt von 1410 Euro liege, sich jedoch aufgrund der niedrigeren Lebenshaltungskosten auf „real“ 1447 Euro emporschraube. Das mittlere Nettoeinkommen pro Haushalt lag 2008 demnach in Niederbayern bei 102,6% des bayerischen Durchschnitts, in Oberbayern bei 100,9% (im „Millionärs-Landkreis“ Starnberg 128%), in der Oberpfalz bei 100%, in Oberfranken bei 99%.

Eltern besonders gefährdet

Die höchste Gefahr von Armut und sozialem Abstieg drohe alteinziehenden Eltern, Einwanderern und Rentnern. „Unser Ehrgeiz ist es“, versicherte Haderthauer, „denen zu helfen, denen es nicht so gut geht.“ Als armutsgefährdet gelten diejenigen, die über weniger als 60% des Mitteleinkommens verfügen. 2008 waren das im Freistaat 1,6 Millionen Menschen. Bayern liegt mit gut 10% Armen unter den rund 13% in ganz Deutschland. Niedriglohn und deswegen niedrigere Rente sind, immer noch weitgehend Frauensache.

Sozialpolitik der Zukunft

Der Sozialbericht ist für sie „eine wichtige und ehrliche Informationsquelle“ für die Sozial-, Wirtschafts- und Familienpolitik und kumuliert in der Erkenntnis, „Bildung ist die Sozialpolitik der Zukunft“. Die Ausschussvorsitzende Brigitte Meyer (FDP) und ihr Stellvertreter Joachim Unterländer (CSU) versprachen, alles zu tun, um die Diskussion bis zu den Haushaltsberatungen abzuschließen. **rm**

Gesundheitsregionen sollen gestärkt werden

Ministerium und Landtag wollen „am Ball bleiben“
Erste Tagung der 20 Regionen im Maximilianeum

Bei den Bemühungen, die Entwicklung Bayerns in Stadt und Land zu stärken und zu steigern, bekommt auch die Gesundheitswirtschaft neuen Anstrich. Im Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit wird ein Atlas der bayerischen Gesundheitsregionen erarbeitet, der Ende nächsten Jahres verfügbar sein soll. Das teilte Minister Dr. Markus Söder bei der ersten gemeinsamen Tagung der 20 Regionen mit, die unter Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Barbara Stamm im Maximilianeum stattfand. Mit heute bereits 800 000 Arbeitsplätzen und einem Umsatzvolumen von 40 Mrd. Euro sowie einer Wachstumsrate von 5% pro Jahr hat die Gesundheitswirtschaft teilweise bereits die Ergebnisse des Fremdenverkehrs überholt.

Es gelte, die vor Ort vorhandenen Stärken optimal zu nutzen, um die Gesundheitsversorgung für Gäste und Einheimische weiter zu verbessern, erklärten Söder und Stamm übereinstimmend in der internen Tagung und vor der Presse. Die Landtagspräsidentin, die in ihrer heimischen Region Würzburg-Bäderland Bayerische

Rhön aktiv ist, sicherte der Staatsregierung die Unterstützung des Parlaments zu.

Erfahrungsaustausch

2008 habe im Landtag eine Anhörung zu diesem Thema stattgefunden. „Wir bleiben am Ball“, versicherte Stamm. Der er-

ste Tag der Gesundheitsregionen mit Fachleuten und Kommunalpolitikern aus den 20 Regionen diente dem Erfahrungsaustausch unter dem Leitgedanken, die gesundheitliche Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern und gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Qualitätssiegel für Vertrauen

Vorbildliche und innovative Konzepte unterstützt der Freistaat mit insgesamt 100 000 Euro. Die Gesundheitswirtschaft sei einer der wichtigsten Wirtschaftszweige mit enormem Zukunftspotential, betonte der Gesundheitsminister. Er kündigte ein in Deutschland bislang einmaliges Qualitätssiegel „Gesundheitsregion Bayern“ an, das zusätzliches Vertrauen schaffen soll. In den 20 Regionen sind Krankenhäuser, Ärzte, Kurbäder, Pflegedienste, Apotheker, Krankenkassen oder Forschungseinrichtungen zu Netzwerken bei kommunaler Beteiligung zusammengeschlossen.

Die Frage nach der Finanzierbarkeit weiterer Maßnahmen hat laut Söder in der internen Diskussion bei allen finanziellen Schwierigkeiten der Städte, Kreise und Gemeinden angesichts der Vorteile keine Rolle gespielt. Es gehe vornehmlich um Koordinierung und gemeinsame Vermarktung. Dafür wird ein gemeinsames Konzept unter Leitung des Ministeriums ausgearbeitet. Ausländer machen bei Patienten und Kurgästen derzeit etwa 27% aus. An der Spitze liegen Gäste aus dem arabischen Raum, vor den Russen. **rm**



Gesundheitsminister Dr. Markus Söder (r.) zusammen mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm im Maximilianeum bei der Tagung der 20 bayerischen Gesundheitsregionen. **□**

Ländlicher Raum bleibt Förderschwerpunkt

Ziele sind gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen
Landtagsopposition spricht von „Titeln ohne Mittel“

Das Bewusstsein für den demographischen Wandel in den Kommunen und Regionen soll ein neuer Leitfaden schärfen. Zunächst ist er für Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern verfügbar; nächstes Jahr soll er auch für die kleineren Gemeinden angeboten werden. Das teilte Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel (FDP) im Landtag mit. Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen, bleibe Aufgabe der Staatsregierung. Um die Lebensqualität in ganz Bayern - vor allem im ländlichen Raum - zu erhalten, müssten aber auch regionale und staatliche Akteure verstärkt kooperieren und innovative Lösungen erarbeiten.

Die SPD-Fraktion hatte das Thema als Aktuelle Stunde unter dem Motto „Lauter Titel ohne Mittel - Städtische und Ländliche Räume gestalten statt ausbluten lassen“ auf die Tagesordnung gebracht. Annette Karl bezog sich auf Äußerungen des Bundesverkehrsministers Dr. Peter Ramsauer sowie der gleichfalls zur CSU gehörenden Staatsministerin Joachim Herrmann (Inneres), Helmut Brunner (Landwirtschaft) und Dr. Ludwig Spaenle (Kultur), wonach im Rahmen der Sparpolitik Leistungs- bzw. Stellenabstriche nicht ausgeschlossen werden könnten.

In dem von Hessel geleiteten Staatssekretärsausschuss für den Ländlichen Raum sei außer Spesen praktisch nichts gewesen. Aber das Landesentwicklungsprogramm sei kein Märchen - sondern ein Drehbuch für Bayern. Die Kommunen brauchten tatsächliche Unterstützung statt Prognosen.

Maßlose Übertreibung

Eberhard Rotter (CSU) wies das als maßlose Übertreibungen zurück. Die vorgesehenen Gelder

für die Landesentwicklung würden gezahlt. Er nannte beispielsweise Ramsauers Ankündigung, den Schienennahverkehr nach und nach auf Ein-Stunden-Takt zu verbessern sowie das Landesprogramm zur Stärkung der Innenstädte und Ortskerne. Freilich bleibe noch viel zu tun. Ministerpräsident Horst Seehofer hatte in der CSU-Fraktion missverständliche Äußerungen von Kabinettsmitgliedern gerügt und sich bei aller Ausgabendisziplin gegen Kürzungen in entscheidenden Dingen gewandt, angefangen bei Bildung und Ausbildung.

Mehr Spielraum für Kommunen

Alexander Muthmann (FW) bestätigte eine Vielzahl von Bemühungen, „aber sie waren nicht alle erfolgreich“. Es bleibe die Aufgabe möglichst viele Zuständigkeiten auf die Regionen und Kommunen zu verlagern. Christine Kamm (Grüne) konstatierte, den großen Worten stehe ein massives Abschmelzen der Mittel und der Gestaltungsfreiheit entgegen. Auch sie verlange mehr Spielraum für die Kommunen.

Wichtig bleibe der Ausbau des digitalen Mobilfunknetzes.

Eigenverantwortung

Thomas Dechant (FDP) wandte sich nicht direkt gegen Staatsregierung und CSU, dankte der SPD jedoch für die Aktuelle Stunde. Kompetenzverlagerung und Bürokratieabbau seien auf der Tagesordnung. Die Menschen brauchten mehr Eigenkompetenz und -verantwortung. In Berlin werde in großen Strukturen gedacht und dadurch würden die Landesinitiativen eingeschnürt. Allseitige Übereinstimmung gab es, dass die Gewerbesteuer für die Kommunen unverzichtbar bleibe, solange kein vollwertiger Ersatz gefunden werde.

Kritik ohne Grundlage

Die Staatssekretärin versicherte, dass in dem von ihr geleiteten Ausschuss alle Ministerien zusammenwirken. Der Ländliche Raum erzeuge fast die Hälfte unserer wirtschaftlichen Werte. Sein Bevölkerungsanteil betrage zwar nur noch 27%, doch von den Fördermitteln gingen 60% in die entsprechenden Teile des Landes. Der Ausschuss bleibe die Stimme für den Ländlichen Raum. Die Kritik entbehre jeglicher sachlichen Grundlage. Sie verwies auf den zusammen mit den Kommunen entwickelten und ständig weiterentwickelnden Demographie-Leitfaden, in dem erstmals sämtliche Angebote der Staatsregierung gebündelt seien. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Dötsch
95500 Heinersreuth
am 23.7.

Bürgermeister
Michael Kienberger
94357 Konzell
am 24.7.

Bürgermeister Johann Wenger
86564 Brunnen
am 25.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bruno Haberkorn
95506 Kastl
am 16.7.

Bürgermeisterin Anna Eder
94469 Deggendorf
am 17.7.

Bürgermeister Hans Gropper
87736 Böhen
am 17.7.

Bürgermeister Arnold Schmidt
85661 Forstinning
am 18.7.

Bürgermeister Peter Plank
84378 Dietersburg
am 21.7.

Bürgermeister Josef Eder
84568 Pleiskirchen
am 21.7.

Bürgermeister Josef Daum
96365 Nordhalben
am 26.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Schneider
84339 Unterdietfurt
am 13.7.

Bürgermeister Konrad Rupprecht
90537 Feucht
am 14.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Horst Kratzer
92353 Postbauer-Heng
am 15.7.

Bürgermeister Klaus Misoga
91731 Langfurth
am 20.7.

Bürgermeister Hans Tischhöfer
95509 Marktchoragast
am 20.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Sturm
86833 Ettringen
am 22.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Obst
90556 Cadolzburg
am 14.7.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Kommunale Selbstverwaltung im Vertrag von Lissabon:

Spielräume bewahren!

Informationsveranstaltung der bayerischen kommunalen Spitzenverbände und des Innenministeriums in Brüssel

Gemeinsam mit den bayerischen kommunalen Spitzenverbänden lud das Bayerische Staatsministerium des Inneren zu einer Veranstaltung in Brüssel ein. Unter dem Titel „Kommunale Selbstverwaltung im Vertrag von Lissabon = mehr Handlungsfreiheit für Kommunen?“ diskutierten kommunale Vertreter mit der EU-Kommission und dem EU-Parlament über vergaberechtliche Fragen. Dabei forderten sie vor allem eine wirksame Beteiligung in EU-Gesetzgebungsprozessen und mehr Handlungsfreiheit im Vergaberecht. Insbesondere sprachen sie sich gegen eine Richtlinie zu den Dienstleistungskonzessionen aus.

Der Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke, Manfred Hölzlein, forderte die EU-Institutionen auf, dass im Vertrag von Lissabon anerkannte kommunale Selbstverwaltungsrechte umzusetzen. Insbesondere müsse es sich in den einschlägigen Entscheidungen, Maßnahmen und Initiativen der europäischen Organe widerspiegeln. Hierzu seien eine frühzeitige Einbindung der Kommune und feste Ansprechpartner bei den EU-Institutionen für die Kommunen erforderlich. Es dürfe nicht sein, dass Entscheidungen getroffen werden, ohne dass die Auswirkungen vor Ort berücksichtigt werden, betonte Hölzlein.

Handlungsspielräume

Darüber hinaus forderte er, Konsultationen so auszustatten, dass die Kommunen von diesen zielgerichtet und in ihrer Landessprache Kenntnis erlangen, genügend Spielraum zur Darstellung der kommunalen Positionen haben und die Äußerungsfristen ausreichend lang sind. Zudem verlangte der Präsident, dass Handlungsspielräume der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge gestärkt werden. Auch der sog. Monti-Bericht gelange zu dem Ergebnis, dass die Daseinsvorsorge originäre Aufgabe der Mitgliedstaaten ist, bei der die Europäische Union lediglich unterstützend zur Seite steht. Durch eine neue Verordnungskompetenz dürften die Handlungsspielräume der Kommunen nicht eingeeignet werden. Insbesondere sei kein Regelungsbedarf für den Bereich der Daseinsvorsorge erkennbar.

Frühzeitige Information

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Dr. Jakob Kreidl, plädierte dafür, die Kommunen im Rahmen von Konsultationsverfahren besser einzubinden. Sein Wunsch ist eine frühzeitige und direkte Information, damit Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke rechtzeitig ihre Vorstellung einbringen sowie konkret und detailliert ihre Vorschläge darstellen können. Wie Kreidl außerdem verdeutlichte, sei die Daseinsvorsorge in Europa zu unterscheiden, um eine einheitliche europäische Regelung zu finden. Diese sei auch gar nicht notwendig, da die Kommunen hier selbst handeln könnten und die Aufgaben der Daseinsvorsorge bislang so erfüllt hätten, dass keine Rechtsunsicherheit bestanden habe.

Gerhard Preß, Erster Bürgermeister von Rödental und Vorsitzender des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes, stellte als Vertreter des Bayerischen Landkreistags klar, dass Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand gehört. Es dürfe keine „Rosenpickerei“ privater Unternehmen geben. Selbstverwaltungsrecht bedeutet für Preß Individualität vor Ort.

Selbstverwaltungsrecht

„Die Europäische Union muss das Selbstverwaltungsrecht unserer Kommunen respektieren“, machte Innenminister Joachim Herrmann deutlich. Das kommunale Selbstverwaltungsrecht sei erstmals im Vertrag von Lissabon

auch auf europäischer Ebene anerkannt worden. Umso mehr gelte nun, dass die Europäische Union die erforderlichen Spielräume der Kommunen nicht einschränken dürfe. „Wir wenden uns daher klar gegen europäische Qualitäts- und Sozialstandards im Bereich der Daseinsvorsorge. Vorgaben etwa bei der Trinkwasserversorgung oder Abwasserbeseitigung dürfen nicht von Brüssel entschieden werden. Hier haben unsere Kommunen die größere Nähe und auch den größeren Sachverstand“, so Herrmann.

Prominente Rednerin der Veranstaltung war Generalanwältin Prof. Dr. Juliane Kokott vom Europäischen Gerichtshof. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurden mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments Markus Ferber, Nadja Hirsch sowie Françoise Castex sowie Repräsentanten der Europäischen Kommission aktuelle Anliegen der Kommunen, insbesondere aus den Bereichen Vergaberecht und Daseinsvorsorge, diskutiert.

Einheimischenmodelle

Herrmann sprach sich zudem ausdrücklich dafür aus, dass die sog. Einheimischenmodelle für Bauland auch künftig zulässig bleiben. Die gegenwärtige Entwicklung, insbesondere das von der Europäischen Kommission eingeleitete Anhörungsverfahren, betrachte er mit großer Sorge:

Klare Zielvorgabe:

Gleichwertige Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land

Von Ernst Hinsken MdB, Vorsitzender des Unterausschusses „Regionale Wirtschaftspolitik“ des Deutschen Bundestages

Landflucht, Arbeitsplatzverlust, schlechte Breitbandverkabelung, mangelnde Verkehrsinfrastruktur und rückläufiger Naturtourismus – das sind Alarmsignale der jüngsten Zeit. Und außerdem droht noch der Zusammenbruch der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Klar ist längst: Die Regionen driften auseinander. Was sind hierfür die Gründe? Und was folgt daraus? Hier und heute ist die Politik stärker gefordert denn je.

Globalisierung, neue Technologien, demographischer Wandel, aber auch politische Entscheidungen und Prozesse beeinflussen die Entwicklung der einzelnen Regionen in unterschiedlicher Weise. Viele Betroffene meistern die veränderte Situation oder profitieren sogar von den neuen Bedingungen. Andere Regionen werden von den aktuellen Entwicklungen so stark belastet, dass sie aus eigener Kraft nicht damit fertig werden.

Abwanderung

Vor allem strukturschwache, ländlich geprägte Regionen weisen im Vergleich zu den wirtschaftsstarke Ballungsgebieten Rückstände bei Einkommen, Arbeits- und Ausbildungsplatzangebot sowie bei der kommunalen Finanzkraft auf. Immer mehr Menschen, besonders die jungen, gut ausgebildeten, wandern ab. Vielerorts werden Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, Schwimmbäder, Krankenhäuser usw. geschlossen. Auch private Dienstleister wie Post, Bahn, Kreditinstitute oder Anbieter von Gesundheitsdienst-

„Die Einheimischenmodelle sind ein bewährtes Instrument der Siedlungspolitik. Ortsansässige bekommen so die Möglichkeit, Eigenheimgrundstücke zu verträglichen Preisen zu erwerben. Vor allem junge Familien haben es sonst oft schwer, sich gegen finanzkräftige Auswärtige durchzusetzen. Ich appelliere daher an die Europäische Kommission: Das Einheimischenmodell muss bestehen bleiben. Die Kommunen benötigen hinreichende Gestaltungsmöglichkeiten, wenn es um die Aufgaben und Probleme der örtlichen Gemeinschaft geht.“

Seit langer Zeit erfolgreich in der Praxis

Unterdessen hat sich auch Gemeindegastpräsident Dr. Uwe Brandl „verwundert und verärgert“ über die Ankündigung der EU-Kommission, die bayerischen Einheimischenmodelle vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen und die Bundesrepublik Deutschland wegen einer Verletzung von Europarecht zu verklagen, geäußert: „Gerade die bayerischen Einheimischenmodelle sind seit langem Erfolgsmodelle. Mit ihnen gelingt es, junge einheimische Bürgerinnen und Bürger in ihren Gemeinden zu halten. Der Vorwurf der Kommission, dies sei eine Ausländerdiskriminierung, ist absurd. Neunzig Prozent der Grundstücke am Ort sind nach wie vor frei veräußerbar. Außerdem werden Deutsche und EU-Staatsbürger gleich behandelt: Für Alle gelten dieselben Bedingungen.“

Brandl wies darauf hin, dass eine ortsbezogene Siedlungspolitik Teil der grundgesetzlich geschützten kommunalen Selbstverwaltung ist. „Wir lassen uns nicht von Brüssel vorschreiben, wie wir bewährte Bauleitplanung vorneh-

leistungen ziehen sich aus der Fläche zurück. Auf dem Lande ist die ärztliche Versorgung nicht



Ernst Hinsken, MdB.

mehr gesichert oder zumindest gefährdet. Moderne technisch-wissenschaftliche Infrastrukturen (z.B. Breitbandnetze) sind unzureichend, oft gar nicht vorhanden.

Als negative Folgen droht ein Abwärtstrend, eine Spirale nach unten: Verlust von Entwicklungs-

Kolumne Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

überall in unserem Land begegnen wir zurzeit Schwarz-Rot-Gold. Balkone werden mit unseren Landesfarben geschmückt, Autos fahren mit schwarz-rot-goldenen Fähnchen herum, erwachsene Männer laufen im schwarz-weißen Trikot der Nationalmannschaft durch die Straßen und hübsche Mädchen tragen eine schwarz-rot-goldene Perücke. Was sonst in unserem Land eher die große Ausnahme ist, jetzt ist es schon fast die Regel geworden: Schwarz-Rot-Gold ist überall im Straßenbild präsent.

Was bei der Fußballweltmeisterschaft vor vier Jahren im eigenen Land seinen Anfang genommen



chauvinistische Töne festzustellen sind.

Wir freuen uns, über die Erfolge unserer Kicker, und wir feiern mit ihnen, so wie es in der ganzen Welt üblich ist. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, dass sich die Freude und die Begeisterung der in schwarz-rot-gold gehüllten Fußballfans gegen niemanden richtet. Auch die Leistungen anderer Nationalmannschaften werden neidlos anerkannt. Nachdem in unserem Land auch viele ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger leben, kann man nicht selten ein Miteinander von deutschen und ausländischen Fans beobachten. Jeder feiert sein Team an, aber anschließend wird unabhängig vom Ausgang des Spiels gemeinsam gefeiert.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem diese Zeilen geschrieben werden - nach dem grandiosen 4:1 Sieg gegen England und dem ebenso begeisterten 4:0 gegen Argentinien - weiß niemand, welches sportliche Ergebnis diese WM bringen und wie die deutsche Mannschaft abschneiden wird. Vielleicht ist gerade dieser Zeitpunkt aber besonders geeignet, eine Zwischenbilanz zu ziehen und festzustellen, dass viele und gerade junge Deutsche ein unbefangenes, lockeres und ganz natürliches Verhältnis zu unseren nationalen Symbolen entwickelt haben und sie mit Stolz, aber ohne Überheblichkeit und Feindseligkeit gegen irgendjemand zeigen. Spätestens nach dem Endspiel werden all die Fahnen, Nationaltrikots und sonstigen schwarz-rot-goldenen Fanartikel wieder im Schrank verschwinden. Hoffentlich bleibt dann mehr als die schöne Erinnerung an ein zweites Sommermärchen.

Ihr Gerhard Weber

Freude in Schwarz, Rot und Gold

hat, setzt sich jetzt beim Turnier in Südafrika fort. Die Deutschen zeigen im wahrsten Sinne des Wortes Flagge. Was in vielen europäischen Ländern schon seit Jahrzehnten gängige Praxis ist, hat sich jetzt auch in Deutschland eingebürgert. Viele, vor allem junge Menschen haben keine Scheu mehr davor, sich öffentlich zu unseren Farben und damit zu unserem Land zu bekennen. Und mit einem Mal merken viele, dass es bei uns nicht nur Gegensätze und Konflikte, sondern auch viele Gemeinsamkeiten und ein Zusammengehörigkeitsgefühl gibt.

Und das besonders Schöne an dieser Welle der Begeisterung und der Freude für Schwarz-Rot-Gold ist, dass keinerlei nationalistische oder gar

men. Es muss auch in Zukunft möglich sein, ortsansässige Familien, die vielfach gegenüber finanzkräftigen Auswärtigen bei Grundstücksverhandlungen im Nachteil wären, durch günstiges Bauland nach sozialen Kriterien am Ort zu halten. Die ländlichen Gemeinden leben von Brauchtum und vom Zusammengehörigkeitsgefühl der gewachsenen Bevölkerung. Das lassen wir uns von Brüssel nicht nehmen.“ DK

In der Vergangenheit hat sich diese gemeinsame Regionalförderung von Bund und Ländern bewährt. Aber natürlich kann die Gemeinschaftsaufgabe nicht allein die Last tragen, den strukturschwachen Regionen wirksam zu helfen.

Vielmehr bedarf es Maßnahmen aus verschiedenen Politikbereichen, unterstützt von verschiedenen Politikerebenen, die zusammengeführt und aufeinander abgestimmt werden müssen. Dringend notwendig ist das integrierte Konzept eines Förderprogramms für strukturschwache ländliche Regionen in Deutschland. In ein solches Konzept müssen Maßnahmen der wichtigsten raumwirksamen Politikbereiche, z.B. der Agrarpolitik, der Verkehrspolitik, der Forschungs- und Innovationsförderung, aber auch der Bildungspolitik (Schulangebote), der Gesundheitspolitik (medizinische Versorgung) und der Finanzpolitik (Finanzausstattung, Aufgabenzuweisung) einbezogen werden.

Gezielte Hilfe für den ländlichen Raum

Im politischen Raum wächst in jüngster Zeit wieder das Bewusstsein um die infolge des demographischen Wandels tendenziell zunehmenden gravierenden Regionalprobleme insbesondere in ländlichen Regionen. Auch die Bun-

desregierung bekennt sich in ihrer Koalitionsvereinbarung vom 26.10.2009 zu gezielten Hilfen für ländliche Regionen: „Wir wollen die Vielfalt der ländlichen Räume erhalten sowie deren Stärken und Wirtschaftskraft fördern. Wir werden insbesondere die Gemeinschaftsaufgaben zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Agrarstruktur sowie weitere Infrastrukturmaßnahmen zur Unterstützung der ländlichen Regionen ausbauen und verstärkt gemeinsam zielorientiert einsetzen.“

Bemühungen bündeln

Kürzlich hat sich der Unterausschuss „Regionale Wirtschaftspolitik“ des Deutschen Bundestages konstituiert. Dieses Gremium hat sich zum Ziel gesetzt, alle Bemühungen um gleichwertige Lebensverhältnisse in der Fläche gegenüber Ballungsräumen intensiv zu bündeln und deren Umsetzung zügig zu forcieren.

Die Politik muss alles daran setzen, damit Deutschland auch künftig im Ausland infolge ausgezogener Raumstruktur seine Vorbildfunktion behält: Das gilt für seine funktionierenden Großstädte wie für die attraktiven Mittel- und Kleinstädte sowie intakten Dörfer, aber auch ebenso für seine dynamischen Ballungsregionen wie für die Vielfalt lebenswerter ländlicher Regionen. □

Vertrauen in regionale Banken gewachsen

Das Vertrauen der Kunden in ihre Banken ist trotz Finanzmarktkrise stabil und je nach betrachteter Bankengruppe sogar gewachsen. Das ergab eine repräsentative Studie im Auftrag des Genossenschaftsverbands Bayern.

Gut die Hälfte der befragten Bayern gibt an, dass sich ihr Vertrauen in die eigene Hausbank in den letzten beiden Jahren nicht verändert hat. Mehr als ein Viertel der Befragten bestätigt zudem, dass das Vertrauen in die Hausbank größer geworden ist. Das ist deutlich mehr als der Anteil derjenigen (20 Prozent), die von sich sagen, dass in den letzten zwei Jahren der Finanzmarktkrise ihr Vertrauen in die Hausbank abgenommen hat. Insgesamt sind es vor allem Kunden regional tätiger Banken wie Genossenschaftsbanken und Sparkassen, bei denen per Saldo der Anteil jener gewachsen ist, die ihrer Hausbank mehr vertrauen als vor zwei Jahren.

Dabei sind die Kreditgenossenschaften klarer Vertrauenssieger. Bei den Kunden von Genossenschaftsbanken finden sich mit knapp 30 Prozent der höchste Anteil derer, die sagen, dass ihr Vertrauen in ihre Hausbank während der Finanzmarktkrise größer geworden ist. □

Regionale Struktur

Das wichtigste Instrument einer gezielten Regionalförderung von strukturschwachen Regionen ist seit 1969 die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), mit der Bund und Länder gemeinsam Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in Gewerbebetrieben sowie wirtschaftsnahe Infrastrukturinvestitionen von Gemeinden fördern, aber auch „weiche Maßnahmen“ wie Regionalmanagement, Cluster- und Netzwerkbildung oder regionale Entwicklungskonzepte in strukturschwachen Regionen.

Wieviel Erde...

(Fortsetzung von Seite 1)
lange kann das gut gehen? Welche Strategien stehen uns zur Minderung dieser Abhängigkeiten und Risiken zur Verfügung? Ein Problemkreis, der alle angeht, weil die Gesellschaft inmitten dieses noch recht jungen Phänomens steckt.

Angepriesene Kolonialwaren der Moderne, innovative Hightech-Produkte und der unerschütterliche Glaube an permanentes Wachstum verstellten den Blick auf die wechselseitigen Abhängigkeiten von Entwicklung und Ressourcen, stellte der Wissenschaftler fest. So werde die Landwirtschaft mehr und mehr zu ei-

nem globalen Risikofaktor: Agrochemikalien und Maschineneinsatz zerstörten geplagte Böden, Monokulturen die Artenvielfalt.

Kontraproduktivität

Nicht nur die Energiebilanz rutsche dabei in die roten Zahlen, auch die daraus resultierende Treibhausgasfracht sei erschreckend hoch. Die noch vor kurzem hoch gepriesene landwirtschaftliche Erzeugung von Biotreibstoffen - verdeutlicht am Negativbeispiel der indonesischen Palmölproduktion und von deren teilweise staatlich subventionierter Nut-

zung als Treibstoff stehe zunehmend für eine unbedachte Anbauweise mit kontraproduktiven Auswirkungen.

Rohstoffe zurückgewinnen

Der Planet im Fiebertaumel. Auch die Hoffnung, mittels Recycling Indium oder andere essenzielle Metalle zurückzugewinnen, zerfällt laut Reller in Anbetracht der undurchsichtigen Weiterverwertung von Elektronikschrott: Viele elektronische Geräte würden zwar eingesammelt, dann aber über legale wie illegale Kanäle nach Afrika, Indien oder China verfrachtet. Je nach Standort würden dort unter oftmals katastrophalen Arbeitsbedingungen durch Abbrennen und

manuelles Entfernen aller übrigen Materialien wenige Hauptbestandteile, vor allem Kupfer, gewonnen. Dass es in Europa, Japan oder Nordamerika trotz der hohen Lohnkosten gelingt, eine rentable Wiederverwertung von strategischen Metallen zu ermöglichen, ist nach Rellers Dafürhalten wenig wahrscheinlich.

Funktionsmetalle

Die Nutzung des Platins im Autoabgaskatalysator wiederum führe zu einem zumindest teilweisen Austrag und dementsprechend zu einer Feinverteilung in der Biosphäre, wobei nicht bekannt ist, ob entsprechende lösliche Platinispezies oder Platin-Nanopartikel

bioaktiv sind. Dieses Phänomen bedeutet, so der Wissenschaftler, dass die Verdünnung in der Umwelt derart hoch ist, dass eine Rückgewinnung ausgeschlossen ist. Abgesehen von nicht bekannten unmittelbaren Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen und Tieren sowie von veränderten Wachstumsbedingungen für Pflanzen und dadurch betroffenen Stoff- und Nahrungsketten gingen durch diese Produktions- und Nutzungsweise wertvolle Funktionsmetalle für immer verloren.

Nach Rellers Worten ist dies nicht nur „ökonomischer und ökologischer, sondern geradezu historischer Unfug“, handle es sich doch um essenzielle Materialien für Zukunftstechnologien, im Fall von Platin zum Beispiel als Katalysator für die Wasserstoff-Brennstoffzelle.

Abhängigkeit

Die Tragweite der Abhängigkeit Europas vom Import strategischer Rohstoffe lässt sich nach Rellers Auffassung nur mit einer geografischen Verortung und geopolitischen Bewertung der globalen Rohstoffvorkommen erfassen. Daraus zeige sich, dass viele für Hightech-Produkte und -Prozesse unabdingbare strategische Metalle nur in wenigen Minen gefördert werden, die Minenstandorte oft in politisch wenig verlässlichen Regionen liegen oder aber Monopolstellungen einzelner Länder vorherrschen. So verfüge China über mindestens 90 Prozent der für die Beleuchtungsindustrie als Leuchtstoffe verwendeten sog. Seltenerdmetalle. Sie werden sowohl in konventionellen Leuchtkörpern als auch für die zukunftssträchtigen,

hohe Energieeffizienz versprechenden LED-Systeme benötigt.

Die wirtschaftlichen Konsequenzen sind Reller zufolge erheblich: Ein Grossteil der Leuchtkörper wird in China gefertigt. Damit sind Großproduzenten mit der unangenehmen Tatsache von oft schwankenden, nicht voraussehbaren Exportquoten konfrontiert. Umgekehrt verfügt China in nicht ausreichendem Ausmaß über Kupfer. Dieses Defizit werde mit einem sich deutlich manifestierenden Engagement in Afrika, insbesondere in Ländern mit reichen Kupfervorkommen, kompensiert, wobei die jeweils vorherrschenden politischen Verhältnisse mit dem für die Projektierung notwendigen Pragmatismus akzeptiert würden.

Logistikaufbau

Fazit: Volks- und betriebswirtschaftlich lohnt es sich, so der Wissenschaftler, aufgrund der gewonnenen Befunde möglichst frühzeitig eine Logistik zu entwickeln, die es durch vorausschauende, weltwirtschaftliche Methoden ermöglicht, zumindest die strategischen Rohstoffe in einer Stoffkreislaufwirtschaft zu integrieren. Dies erfordere u. a. eine den Anforderungen entsprechende Ausbildung aller Akteure.

Erst das Zusammenspiel zwischen recyclingfreundlichem, ökoeffizientem Produkt- und Prozessdesign sowie dem weitsichtigen Erkennen essenzieller Lebensbedürfnisse könne Garant des wirtschaftlichen Wohlstands sein. In diesem Sinne seien Rohstoffe verlässliche Indikatoren für zukunftsweisende, auch die nachfolgenden Generationen gerecht werdende Lösungswege. **DK**

Vorbeugen ist besser als heilen...

(Fortsetzung von Seite 1)
betreuung und die Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche.

Die Bruttoausgaben für die Kinderbetreuung sind von 1998 bis 2008 von rund 10 Milliarden Euro auf rund 14,5 Milliarden Euro angewachsen. Das heißt, schon jetzt wird mehr als jeder zweite Euro der Kinder- und Jugendhilfe für eine öffentlich organisierte Kindertagesbetreuung ausgegeben. Den größten Teil davon tragen laut Broschüre die Kommunen. Eine riesige Herausforderung stellt der Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze für unter Dreijährige dar, der ab 2013 gelten soll. Articus: „Uns geht es nicht darum, den Rechtsanspruch ab 2013 in Frage zu stellen, aber es fehlen noch Milliardenbeträge, um ihn zu verwirklichen. Bund und Länder geben bisher keine Antwort darauf, woher das Geld kommen soll. Wenn die Finanzierung nicht gesichert wird, sind Leidtragende die Eltern, die sich auf den Rechtsanspruch für ihre Kinder verlassen, ihn aber nicht erfüllt bekommen können.“ Bund und Länder müssten hier gemeinsam mit den Kommunen eine Lösung finden und die Länder das Konnexitätsprinzip einhalten, also die Regel „Wer bestellt, bezahlt“.

Kinderförderung

Das Kinderförderungsgesetz sei ein trauriges Beispiel dafür, wie die Kostenfolgen unterschätzt wurden, obwohl die Städte davor frühzeitig gewarnt hatten: „Bei den Schätzungen 2007 wurde der Rechtsanspruch gar nicht berücksichtigt. Wir appellieren deshalb an die Bundesfamilienministerin, diese überholten Annahmen über die benötigten Plätze zu aktualisieren.“ Nur dann lasse sich der notwendige Finanzbedarf verlässlich bestimmen, so der Hauptgeschäftsführer. Nach bisherigen Annahmen fehlen noch etwa 290.000 Plätze, um 2013 Betreuung für 35 Prozent der unter Dreijährigen bereitzustellen. Der Rechtsanspruch mache jedoch nach Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes möglicherweise 510.000 Plätze erforderlich.

Unterkunftskosten

Für die Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose und ihre Familien (SGB II-Empfänger) werden die bundesweiten kommunalen Ausgaben seit der Einführung im Jahr 2005 von 8,7 Milliarden Euro um etwa 27 Prozent auf voraussichtlich 11 Milliarden Euro in diesem Jahr ansteigen. Das wären Mehrausgaben von 2,3 Milliarden Euro. Die Ausgaben des Bundes für Unterkunftskosten werden voraussichtlich 2010 lediglich bei 3,4 Milliarden Euro liegen, also sogar 0,2 Milliarden Euro unter den Ausgaben im Jahr 2005, wenn der Bund wie geplant seine Beteiligung an den Unterkunftskosten von 26 auf 23,6 Prozent absenkt.

Der Deutsche Städtetag appelliert deshalb eindringlich an Bund und Länder, das Gesetz zu ändern und die Bundesbeteiligung nicht zu reduzieren, sondern an der Ko-

stenentwicklung zu orientieren. „Es kann doch nicht sein, dass der Bund seinen Anteil senkt, wenn die tatsächlichen Kosten weiter wachsen“, so Articus.

Eingliederungshilfe

Sehr dynamisch steigen die Kosten für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen an. Diese Kosten, für die die Sozialhilfeträger und damit zum größten Teil die Kommunen aufkommen müssen, erhöhten sich in zehn Jahren zwischen 1998 und 2008 von 7,2 Milliarden Euro um 55 Prozent auf 11,2 Milliarden Euro. Aus diesem Grund fordert der Deutsche Städtetag ein bundesfinanziertes Leistungsgesetz bzw. in einem ersten Schritt eine Bundesbeteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe. Die Eingliederung behinderter

Menschen sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht allein Aufgabe der Sozialhilfe und damit der Kommunen. Die Städte dürften auch nicht zum Ausfallbürgen für veränderte Leistungen anderer Hilfesysteme werden.

Finanzielle Lasten

Articus sieht die „große Gefahr, dass die finanziellen Lasten der Sozialpolitik, die die Städte zu tragen haben, bald präventive Hilfen etwa der Jugendarbeit und zur Integration gänzlich unmöglich machen“. Bund, Länder und Kommunen müssten deshalb gemeinsam erreichen, dass die Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, vorzubeugen statt später nur die Wunden zu heilen. Dies sei der bessere und meist auch kostengünstigere Weg. Wenn Maß-

nahmen, die die Menschen vor der Abhängigkeit von Sozialleistungen schützen und Hilfe zur Selbsthilfe stärken, wegen der sozialen Pflichtausgaben nicht mehr bezahlbar seien, bewege sich die Politik in die falsche Richtung.

Eine Voraussetzung, dies zu vermeiden, bestehe darin, die Kommunen als bürgernächste Ebene verlässlicher als bisher bei Gesetzesvorhaben anzuhören, durch die kommunale Belange berührt sind: „Echte Beteiligungsrechte der Kommunen wären ein wertvoller Baustein für eine bessere und praxisnähere Gesetzgebung. Außerdem müssen die Kommunen an einer Kostenfolgeabschätzung von solchen Gesetzen mitwirken. Denn Bund und Länder verschätzen sich immer zu ihren Gunsten und zu unseren Lasten“, so der Hauptgeschäftsführer abschließend. **DK**

Psychiatrie in Bewegung...

(Fortsetzung von Seite 1)
mehr Lehr- und Pflegekräfte in den Förderschulen einsetzt und die Sonderpädagogik in die gesamte Lehrerbildung integriert“, bemerkte Hölzlein.

Innenminister Joachim Herrmann sprach sich für einen Erhalt der Gewerbesteuer aus: „Ich sehe derzeit keinen Ersatz für die Gewerbesteuer. Für die Bayerische Staatsregierung steht daher fest, dass sie strukturelle Änderungen an der Gewerbesteuer gegen den Willen der Kommunen nicht mittragen wird. Das ist unsere klare Botschaft an die vom Bund eingesetzte Gemeindefinanzkommission.“

Der Minister verwies darauf, dass die Bezirke und die anderen Kommunen wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise und dadurch gesunkener Steuerreinnahmen vor großen Herausforderungen stünden. Der kommunale Finanzausgleich 2011 müsse für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen sorgen. Die Bezirke seien ein unersetzlicher Teil der bayerischen kommunalen Familie. Sie erbrächten im Sozialbereich und auf dem weiten Feld der psychiatrischen Versorgung Leistungen von unschätzbarem Wert. Herrmann zufolge „werden die Bezirke auch in Zukunft in der Bayerischen Staatsregierung einen verlässlichen Partner finden“.

Gewaltige Anstrengungen

Auf Staat und Kommunen kämen in den kommenden Jahren gewaltige Sparanstrengungen zu, konstatierte Herrmann. Die Bezirke hätten hier in den vergangenen Jahren ihre Hausaufgaben gemacht, dabei beachtliche Konsolidierungspotentiale erschlossen und diese auch an die Umlagezahler weitergegeben. „Die Bezirke haben, wo nötig und möglich, strukturelle Veränderungen vorgenommen. Ich denke hier nur an die Umwandlung der Bezirkskrankenhäuser in selbständige Kommunalunternehmen oder gemeinnützige GmbHs. Auch die erfolgreiche Neustrukturierung und Optimierung des Maßregel-

vollzugs unter Beibehaltung der hohen Therapie- und Sicherheitsstandards ist ein gelungenes Beispiel für die Neuorganisation von Aufgaben der Bezirke“, so der Kommunalminister.

Ganz im Zeichen des Themas „Psychiatrie in Bewegung“ stand der zweite Tag der Verbandsversammlung. Dabei hob Hölzlein die Bedeutung der stationären wie ambulanten psychiatrischen Versorgung im Freistaat für die dritte kommunale Ebene hervor. Danach betreiben die bayerischen Bezirke insgesamt 38 Krankenhäuser und 15 Heimeinrichtungen an unterschiedlichen Standorten. Sie repräsentieren damit etwa zehn Prozent der bayerischen Krankenhäuser.

Hohe Auslastung

„Mit 11.500 Betten und Plätzen in unseren Kliniken verfügen wir damit über 15 Prozent aller Krankenhausbetten in Bayern. Hervorheben möchte ich auch die Auslastung unserer Fachkliniken, die deutlich über 90 Prozent, mancherorts sogar über 100 Prozent liegt“, stellte Hölzlein heraus. In diesem Zusammenhang machte der Präsident deutlich, dass die Zahl psychischer Erkrankungen seit Jahren kontinuierlich zunehme. Das betreffe insbesondere den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, aber auch die rasant anwachsenden Fallzahlen bei den Demenzerkrankungen. Hier böten die Bezirke eine Gerontopsychiatrie an, die medizinisch und therapeutisch einen weit über Bayern hinaus anerkannten Ruf besitze.

Was die Finanzierung der psychiatrischen Versorgung angeht, so konnte Hölzlein vermelden, „dass alle Bezirkskrankenhäuser schwarze Zahlen schreiben“. Auf diesem Weg gelte es auch in Zukunft fortzuführen, denn eine weiterhin flächendeckende psychiatrische Versorgung sei und bleibe eine Kernaufgabe der Bezirke. Dies umso mehr, als in den Kliniken und Facheinrichtungen über 21.000 Menschen Arbeit fänden. Dies

seien etwa 14 Prozent der in den bayerischen Krankenhäusern beschäftigten Personen.

Wie wichtig die flächendeckende Versorgung auf diesem Gebiet im Freistaat ist, skizzierte auch Unterfrankens Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel. Besonders hob dieser die Angebote für die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Aschaffenburg und in Schweinfurt hervor. So verfüge erstere über neun Betten und 15 Tagesklinikplätze, während es in Schweinfurt neun Betten und zwölf Tagesklinikplätze gebe. „Im Laufe des dritten Quartals in diesem Jahr beginnen wir zudem mit dem Bau einer Spezialeinrichtung für schwer- und mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen. Dies ist ein ungemein attraktives Projekt, das momentan in Bayern noch einzigartig ist“, stellte Dotzel fest.

Insbesondere auch die demografische Entwicklung in der Gesellschaft mache mit Blick auf die zunehmenden psychischen Krankheitsbilder eine zukunftsweisende Gesundheitspolitik der Bezirke erforderlich. Dem werde sich auch Unterfranken mit aller Kraft stellen, versicherte Dotzel. Schließlich bleibe es insbesondere vor diesem Hintergrund der ganz besondere Anspruch der dritten kommunalen Ebene, Anwalt der Schwächsten und politisches Sprachrohr in der Gesellschaft zu sein.

Perspektiven

Prof. Dr. Wolfgang Schreiber, M.A., Sprecher der Konferenz der Ärztlichen Direktoren der bayerischen Fachkrankenhäuser für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik und Dr. Manfred Lütz, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie sowie Ärztlicher Direktor des Alexianer-Krankenhauses Köln, skizzierten die Psychiatrie aus unterschiedlicher Warte mit ihren Aufgaben der Pflege, Therapie und medikamentösen Behandlung.

Anhand von fünf Thesen stellte Schreiber die Perspektive der „öffentlichen Psychiatrie“ heraus:



Innenminister Joachim Herrmann (r.) und Manfred Hölzlein, Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke.

1. These: Der Vorteil von psychiatrischen Kliniken in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft kann ihre stärkere Verankerung und Verknüpfung mit anderen sozialpsychiatrischen Angeboten sein.

2. These: Regionale Netzwerke sind – das zeigen auch akutklinische Netzwerke und Konzerne – eher eine Domäne von öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern. Diese Struktur ist gemeinde- und patientennah, ermöglicht – arbeitsteilig – Spezialisierungen, integriert Psychotherapie und Somatik, ist vernetzt und wachstumsorientiert.

3. These: Sie kann in solchen regionalen Netzwerken Impulsgeber für die Integration unterschiedlichster Gesundheitsdienstleister sein.

4. These: Eine weitere Chance für psychiatrische Kliniken in öffentlicher Trägerschaft kann sein, sich dem Markt und Wettbewerb offensiv zu stellen (Stichworte: Ausbildung und Personalpolitik).

5. These: Grenzen dieser Entwicklungen könnten sein: Kurzfristige, politische Interessen öffentlicher Eigentümer bzw. mangelndes Investitions- und Finanzierungspotenzial von öffentlichen Trägern angesichts des erheblichen Investitionsbedarfs im Gesundheitsbereich.

„Lebenslust - über Risiken und Nebenwirkungen der Gesundheit“ lautet der provokative Titel des

Vortrags von Dr. Manfred Lütz, der auch als Pastor und Schriftsteller tätig ist. Vor dem Hintergrund, dass die Gesundheitsreligion „unmerklich aber um wirkungsvoller“ das Menschenbild der Gesellschaft verändert habe, plädierte Lütz für den „Mut zur Emanzipation von den totalitären Zumutungen der schwülstigen Gesundheitsreligion“. Gegen die Tyrannei der Gesundheitsreligion brauche es revolutionären Elan, „eine wahrhaftige Befreiungsbewegung, die den Menschen aus den das ganze Leben erfassenden Pflichten des Gesundheitswahns befreit und ihm wieder Zeit und Kraft für das eigentliche Leben erstreitet“.

Grenzsituationen annehmen

„Nichts gegen maßvolle Bemühungen um die Gesundheit“, aber es gehe auch darum, die Kunst wieder zu entdecken, in den von der Gesundheitsreligion bloß defizitär gesehene „Grenzsituationen menschlicher Existenz“, wie Karl Jaspers sie nennt, in den unvermeidlichen Krankheiten, Behinderungen und Leiden eines Lebens, im Alter und sogar im Sterben „Quellen des Glücks“ zu finden, meinte Lütz. Behinderung könne auch eine Fähigkeit sein. Krankheit könne der Aufruf sein, ein dahinplätscherndes Leben zum eigentlich Wichtigen zu lenken. „Die unvermeidlichen Grenzsituationen annehmen, das ist wahre Lebenskunst“, bilanzierte Lütz. **DK**

Kreissparkasse Augsburg:

Platzierung unter den Top 50-Sparkassen

Beste Kundenberater in Berlin geehrt

Augsburg – Die Kreissparkasse Augsburg ist erneut für ihre herausragende Kundenberatung ausgezeichnet worden. Als fünftbeste Sparkasse in Bayern und eine der Top 50 Sparkassen in Deutschland wurde sie auf einer Galaveranstaltung des Deutschen Sparkassenverbands in Berlin geehrt.

Stellvertretend für ihre Kolleginnen und Kollegen nahmen Alfred Fischer, Individualkundenberater in der Geschäftsstelle Neusäß-Lohwaldstraße, Karin Haußmann, Filialbereichsleiterin Schwabmünchen, und Firmenkundenberater Stefan Siegart sowie Horst Schönfeld, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg, den Pokal entgegen.

Schlüssel zum Erfolg

Für Schönfeld liegt der Schlüssel zum Erfolg der Kreissparkasse Augsburg im systematischen und

klar strukturierten Vorgehen der Berater. „Zu exzellenter Beratung gehört für uns die ganzheitliche Betrachtungsweise wie wir sie mit dem Sparkassen-Finanzkonzept pflegen. Sie stellt den individuellen Bedarf des Kunden in den Mittelpunkt, bezieht sämtliche Optionen ein und bietet für jede Lebenssituation die passende Lösung. Es ist uns wichtig, dass unsere Kunden die Produkte und Lösungen gut verstehen, bevor Sie eine Entscheidung treffen.“ Die Kunden schätzen diese Transparenz und erteilten der Kreissparkasse in der letzten Kundenbefragung dafür sehr gute Noten. □



V. l.: Werner Netzel (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands), Stefan Siegart, Horst Schönfeld, Karin Haußmann, Alfred Fischer, Schauspielers Sina-Valeska Jung und Prof. Rudolf Faltermeier (Vizepräsident des Bayerischen Sparkassenverbands). □

Deutscher Landkreistag zur Lage der Sparkassen:

Keine Rettungengel für Landesbanken

Der Deutsche Landkreistag hat vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklungen im Bereich von Landesbanken und Sparkassen in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein dazu aufgefordert, keine Entscheidungen zu treffen, die im Ergebnis die Sparkassen schwächen. Lauf Präsident Landrat Hans Jörg Duppré stehen die kommunalen Sparkassen keinesfalls bereit, vor einer Privatisierung die „Braut Landesbank noch einmal aufzuhübschen“.

Duppré mahnte an, dass zudem endlich Klarheit geschaffen werden müsse, wohin der Kurs der Landesbanken führen solle. Sei dies geregelt, könne auch entschieden werden, wie eine Zusammenarbeit mit den Sparkassen – zum Beispiel im Großkundengeschäft – gestaltet werden kann.

Mit Blick auf die aktuellen Diskussionen um die Konsolidierung der WestLB und der BayernLB erklärte der DLT-Präsident: „Zunächst einmal müssen die Länder wissen, was sie überhaupt wollen. Spielen die Landesbanken für sie noch eine Rolle oder werden sie aufgegeben und privatisiert? Erst wenn hier Klarheit herrscht, kann auch über Optimierungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit und Arbeitsteilung von Sparkassen und Landesbanken nachgedacht werden.“

Öffentlicher Auftrag

Die Landesbanken dürften aber keinesfalls auf dem Rücken der funktionierenden Sparkassen konsolidiert werden. Dies gelte erst recht, wenn die Landesbanken anschließend zu einem möglichst hohen Preis verkauft werden sollen. „Die Sparkassen haben einen dem Bürger und der lokalen Wirtschaft verpflichteten öffentlichen Auftrag und nicht die Aufgabe, die finanziellen Folgen

von Fehlengagements im Landesbankensektor für das Land erträglicher zu machen.“

Klare Ablehnung

Auch der Gesetzentwurf zur Novellierung des schleswig-holsteinischen Sparkassengesetzes stößt auf klare Ablehnung des kommunalen Spitzenverbandes. Duppré hob stellvertretend für die 301 Landkreise und damit drei Viertel der Sparkassenträger hervor, dass der Gesetzentwurf aufgrund seiner potenziellen Sprengkraft für das gesamte öffentlich-rechtliche Sparkassensystem strikt abgelehnt werde. Andernfalls führe dies geradewegs in eine Öffnung des Sparkassensektors für private Dritte.

Stütze des Mittelstands

Laut Präsident hat es seinen guten Grund, warum sich die Sparkassen selbst in der Krise so erfolgreich als Stütze der Wirtschaft und des Mittelstands erwiesen haben: „Die kommunalen Sparkassen unterliegen nicht dem Diktat von privaten Renditeinteressen und sind auch keine Investmentbanker. Vielmehr sind sie ausschließlich auf ihr jeweiliges Trägergebiet konzentrierte öffentliche Institute, die ein eigenes Interesse an der Förderung des Mittelstands haben und so zur ge-



V. l.: Dietmar Bruckner (Vorstandsmitglied Sparkasse Landshut), Jan-Christian Dreesen (Vorstandsmitglied BayernLB), Gerd Rometsch (stv. Vorstandsvorsitzender LfA Förderbank Bayern) und Dr. Hartmut Schwab (Präsident Steuerberaterkammer München). Foto: Sparkasse Landshut

Steuerberaterforum Niederbayern in Ergolding:

Tipps zu Steuererklärung und Kreditvergabe

Ein neues Modell zur Abgabe von Steuererklärungen, das zurzeit in einigen Finanzamtsbezirken in Bayern getestet wird, hat der Präsident der Steuerberaterkammer München, Dr. Hartmut Schwab, beim Steuerberaterforum Niederbayern in Ergolding vorgestellt. Veranstalter des Forums im Bürgersaal waren neben der Steuerberaterkammer die Sparkassen in Niederbayern.

Das neue Modell gilt nur für Mandanten von Steuerberatern und sieht vor, dass Steuerberater künftig zu festen Fristen einen bestimmten Prozentsatz der von ihnen zu erstellenden Steuererklärungen bei der Finanzverwaltung abgeben. Schwab sagte: „Ziel ist es, eine gleichmäßig über das Jahr verteilte Abgabe der Steuererklärungen und deren ebenso gleichmäßige Bearbeitung durch die Finanzbehörden zu sichern. Dadurch werden Steuerbescheide schneller bestandskräftig und sorgen so für Rechtssicherheit.“ Besonders der Mittelstand werde von den neuen Regelungen profitieren.

Keine Kreditklemme

Dietmar Bruckner, Vorstandsmitglied der Sparkasse Landshut, beleuchtete das Thema Mittelstandsfinanzierung. Er betonte, dass die Sparkassen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein starker Partner der Bevölkerung und des Mittelstands seien: „Eine Kreditklemme gibt es für die Kunden der Sparkasse Landshut nicht.“ Neue Kredite in Höhe von 365 Millionen Euro habe die Sparkasse im Jahr 2009 ausbezahlt. Das Kreditvolumen sei im Vergleich zum Vorjahr um knapp 40 Millionen Euro gestiegen. „Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken waren nicht der Auslöser der Finanzkrise. Aus diesem Grund sind wir auch sehr kritisch gegen übertriebene Regu-

deihlichen wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort beitragen.“

Was wäre wenn...?

Wolle man die Sparkassen für private Investoren öffnen, würde man zwangsläufig die Institute in ihrem Kern verändern und entwerten. „Über kurz oder lang würden Renditeinteressen die Geschäftspolitik bestimmen und nicht mehr das Agieren zum Wohle der Allgemeinheit. Das wäre der Anfang vom Ende der Sparkassen und hätte erhebliche Auswirkungen für die Versorgung von Bürgern und Wirtschaft mit Finanzdienstleistungen“, so Duppré. Im Ergebnis würde die Kreditbeschaffung gerade für kleine und mittelständische Unternehmen erschwert. DK

aus dem Bayerischen Mittelstandsschirm kann an sich gesunden Unternehmen auch über eine längere Schwächephase hinweggeholfen werden“, sagte Gerd Rometsch, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern.

Den Unternehmen den Rücken stärken

Bis Ende Mai 2010 hätten sich bereits rund 3.000 Betriebe in Bayern unter diesen Schuttschirm gestellt. „Zur Überwindung der Krise gehört es auch, den Unternehmen den Rücken zu stärken, die schon die Chancen von Morgen sehen und wieder in ihre Wettbewerbsfähigkeit investieren. Auch sie brauchen eine faire und verlässliche Finanzierung, also auch zinsgünstige Förderkredite und Risikoübernahmen der Förderbank“, so Rometsch. Für Mittelständler seien Steuerberater oft die engsten Vertrauten in Finanzdingen, so dass mit ihrem Engagement ein Erfolg im Fördergeschäft zu Gunsten des bayerischen Mittelstandes möglich sei.

Attraktive Finanzierungslösungen

„Die Abschlüsse der vergangenen Monate beweisen, dass Finanzierungslösungen für Mittelständler auch in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten erfolgreich umgesetzt werden können“, sagte Jan-Christian Dreesen, Mittelstandsvorstand bei der BayernLB. „Die Einbindung von Fördermitteln in Finanzierungen kann Unternehmen auch spürbar bei der Eigenkapitalausstattung und bei geforderten Sicherheiten entlasten. Wir strukturieren solche Lösungen in enger Zusammenarbeit mit der S-Finanzgrup-

pe und binden bei Bedarf auch Kapitalmittel der Bayern Private Equity oder der Bayern Mezzanine ein.“

Die Steuerberaterkammer München ist die berufliche Selbstverwaltung aller in Oberbayern, Niederbayern und Schwaben niedergelassenen Steuerberaterinnen und Steuerberater. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts und größte Steuerberaterkammer im Bundesgebiet nimmt sie die ihr durch Gesetz übertragenen Aufgaben wahr und vertritt die beruflichen Interessen ihrer mehr als 10.000 Mitglieder. □

BayernLB finanziert Galeria Ostrovia

Die BayernLB finanziert in einem Club Deal den Bau des neuen Einkaufszentrums „Galeria Ostrovia“ in Ostrow Wielkopolski mit einem Einzugsgebiet von rund 400.000 Einwohnern in Polen. Das Bankenconsortium begleitet dabei die Saller Unternehmensgruppe, Weimar. Die Eröffnung des 36.000 m² großen Einkaufszentrums ist im Herbst 2011 geplant. Die BayernLB übernimmt die Hälfte des Finanzierungsvolumens.

Immobilieninvestor Saller

Josef Saller, aus Zwiesel im Bayerischen Wald stammender, mittelständischer Immobilieninvestor, der Ende 1990 in Weimar die Saller Unternehmensgruppe gründete, wird das Einkaufszentrum nach Fertigstellung auch langfristig im Bestand halten. Die BayernLB ist langjähriger Finanzierungspartner der Saller Unternehmensgruppe. Neben dem Inlandsgeschäft begleitet die BayernLB den Kunden auch bei seinen Aktivitäten in Tschechien und Polen. □



Endlich eine richtige Jugend-Förderung!

LBS-Bausparer unter 25 Jahren profitieren extra.



354 €
im Starterjahr*

Mit **Wohn-Riester** bekommen junge Leute unter 25 Jahren **jährlich 154 € Grundzulage** plus **200 € Starter-Bonus** als Förderung vom Staat.

Diese Vorteile sollten Sie nicht verschenken! Wie? Mit LBS-Bausparen. Planbar, zinsicher und Riester-gefördert. Fragen Sie uns, wir beraten Sie gern!

* Es gelten Fördervoraussetzungen.

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

Schul-Neubauten im Landkreis Miesbach:

Realisierungsalternativen und Haushaltsbelastung geprüft

Der Landkreis Miesbach steht aktuell vor einem seiner größten Bauvorhaben: In Holzkirchen werden dringend Neubauten für ein Gymnasium und eine Fachoberschule benötigt, in der Gemeinde Gmund der Neubau einer Realschule. An den Standorten sind zudem Sporthallen zu errichten. Damit steht der Landkreis vor großen Haushaltsbelastungen.

In Kooperation zwischen der Kreissparkasse Miesbach-Tegernsee und dem Landkreis wurden jetzt alternative Realisierungsvarianten verglichen und eine auf den Haushalt optimal abgestimmte Lösung entwickelt. Der Kreistag hat die Umsetzung bereits beschlossen; die Vorbereitungen zur Ausschreibung des Großprojektes sind angelaufen.

Vom Grunderwerb über die Baumaßnahmen bis zur Erstaussstattung wird mit einem Kostenvolumen von über 70 Mio. Euro gerechnet. Diese Größenordnung wird den Haushalt des Landkreises in den nächsten Jahren erheblich belasten. Für Landrat Dr. Jakob Kreidl (CSU) - seit Mai auch Präsident des Bayerischen Landkreistages - und Kämmerer Gerhard de Biasio stand daher bereits mit den ersten Überlegungen fest, dass hier alle Optimierungspotenziale genutzt und alternati-

ve Realisierungswege geprüft werden müssen.

Dies erfolgte dann im Team mit der Kreissparkasse Miesbach-Tegernsee, die für den Landkreis zunächst eine Arbeitsgruppe aus Experten der S-Finanzgruppe organisierte. Sparkassenchef Georg Bromme: „Über den klassischen Kommunalkredit hinaus ist alles auf den Tisch gekommen: Leasing, Miete und weitere Alternativen wie z.B. Public Private Partnership.“ Hierzu hat dann die Kommunalberatungsgesellschaft der Sparkassenorganisation, die Deka Kommunal Consult (DKC) ein Modell erarbeitet, das optimal auf den Landkreis Miesbach zugeschnitten ist.

Danach sucht der Landkreis nunmehr einen Partner, der in einem PPP-Modell die Planungen übernimmt, die Investitionen durchführt und vorfinanziert, der dann aber auch langfristig für die

Instandhaltung und den technischen Gebäudebetrieb verantwortlich zeichnen soll. „Aus Sicht des Landkreises können so einerseits Kostenvorteile generiert, andererseits zusätzlich auch typische Projektrisiken auf den privaten Partner übertragen werden“, so Rainer Book, Seniorberater der DKC.

Wichtig ist, dass das Eigentum an den Schulen in jedem Fall beim Landkreis verbleibt. So können auch Mittel aus der staat-

lichen Schulbauförderung in Anspruch genommen werden.

Nach der vom Kreistag beschlossenen und jetzt anstehenden europaweiten Ausschreibung sowie der Planungs- und Bauphase werden auf den Landkreis erst mit mangelreicher Baufertigstellung Entgeltforderungen zukommen. Für den Landkreis bedeutet das noch etwas „Luft“ in der aktuell angespannten Haushaltslage. Die Finanzierung erfolgt über den Haushalt, wobei alle Möglichkeiten zu einer Sicherung des aktuell günstigen Zinsniveaus genutzt werden sollen. Auch hier erschließt die Kooperation zwischen Kommune und S-Finanzgruppe echte Chancen, die grade bei einem Großprojekt wie im Landkreis Miesbach erhebliche Vorteile bringen. □



Expertenrunde Kreissparkasse Miesbach-Tegernsee. □

Kapitalspritze für den Mittelstand

LfA Förderbank Bayern verbessert Eigenkapitalförderung

Die LfA Förderbank Bayern hat ihr Förderprogramm Mittelstandskapital neu aufgelegt. Dadurch haben kleine und mittlere Unternehmen in Bayern bessere Möglichkeiten, ihre Eigenkapitalbasis zu stärken und Investitionen zu stemmen. Konkret wurden die Zugangsvoraussetzungen erleichtert und die Dokumentationspflichten vereinfacht.

Das Besondere am Mittelstandskapital: Der zinsgünstige Förderkredit wird von der Hausbank in der Regel als wirtschaftliches Eigenkapital des Unternehmens anerkannt. Dadurch erhöht sich die Eigenkapitalquote und die Firma erhält leichteren Zugang zu weiteren Finanzierungsmitteln.

Wirtschaftsminister Martin Zeil: „Das Förderprogramm Mittelstandskapital geht jetzt noch gezielter auf den Bedarf der Unternehmen ein. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat nachdrücklich unterstrichen: Eine gute Eigenkapitalausstattung ist von zentraler Bedeutung für die Robustheit und den Erfolg unserer Mittelständler. Das neue Programm Mittelstandskapital trägt dem Rechnung und hilft gerade auch kleineren Unternehmen, ihren Finanzbedarf im Aufschwung zu decken.“

LfA Vorstandsvorsitzender Michael Schneider sagte: „Das Eigenkapitalpolster vieler Mittelständler hat in der Krise gelitten. Mit dem erweiterten Förderangebot wollen wir den Betrieben eine nachhaltige Kapitalspritze geben: Die Firmen verbessern damit ihre Bonität und haben größere Chan-

cen bei Kreditverhandlungen mit der Hausbank.“

Die Förderung richtet sich mit einem Höchstbetrag von 200.000 Euro im Einzelfall gezielt an kleine und mittlere Unternehmen und gilt künftig für Firmen aus ganz Bayern, auch für den bisher aufgrund seiner Wirtschaftsstärke ausgenommenen Großraum München. Die förderfähigen Investitionen werden um Grundstücke, gebrauchte Wirtschaftsgüter sowie zusätzlichen Betriebsmittelbedarf, der in Zusammenhang mit den getätigten Investitionen steht, erweitert. Um an das Mittelstandskapital zu kommen, müssen die Unternehmen keine Sicherheiten stellen; zwei Drittel des Kreditrisikos trägt die LfA, ein Drittel muss die Hausbank übernehmen. Über die Hausbank wird die Förderung auch beantragt.

Das Mittelstandskapital hat Mezzanine-Charakter und bündelt die Vorteile von Fremd- und Eigenkapital. Im Insolvenzfall tritt die Darlehensforderung im Rang hinter Forderungen anderer Kreditgeber zurück. Das ist auch der Grund dafür, dass die Hausbanken den Förderkredit als wirtschaftliches Eigenkapital des Kreditnehmers anerkennen können. □

Sparkassen sind Vorreiter bei kontaktlosem Bezahlen

Die Sparkassen-Finanzgruppe führt als erste Kreditinstitutsgruppe in Deutschland flächendeckend das kontaktlose Bezahlen mit der girocard ein: Ab dem zweiten Halbjahr 2011 starten die Sparkassen schrittweise ihre rund 45 Millionen SparkassenCards mit der neuen Bezahltechnologie aus.

Kontaktlos bezahlen heißt: Die Karte muss nicht mehr in ein Kartenterminal gesteckt werden. Es reicht, sie vor ein entsprechendes Lesegerät zu halten. Die Zahlung erfolgt in Sekundenschnelle. Unterschrift oder PIN-Eingabe sind nicht mehr nötig. Die Wartezeiten an der Kasse verkürzen sich damit um bis zu 25 Prozent.

„Das kontaktlose Bezahlen eignet sich vor allem bei kleineren Beträgen. Hier ist der Bargeldanteil im Handel noch überdurchschnittlich hoch. Die Möglichkeiten für Einsparungen und Beschleunigungen sind daher besonders groß“, sagte Bernd M. Fieseler, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes.

Vorreiterprojekt bei der Kontaktlos-Technologie ist die BayArena Card. Sie wird seit der Fußballbundesliga-Saison 2009/2010 im Rahmen einer Kooperation von Bayer Leverkusen und der Sparkasse Leverkusen – als kontaktloses Zahlungsmittel

in der BayArena, als Dauerkarte mit Zutrittslegitimation und als Mitgliedsausweis für den Bayer 04-Club genutzt.

In Kürze startet das zweite Leuchtturmprojekt der Sparkassen-Finanzgruppe: Der Handball-Bundesligist Frisch Auf Göttingen wird in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Göttingen in seinem Heimstadion, der EWS-Arena, die kontaktlose „FrischAuf Fankarte“ einführen. Mit dem MedicalPark hat sich zudem ein großer Anbieter von Privatkliniken in Deutschland entschieden, kontaktloses Bezahlen auf Basis der Sparkassen-Lösung in seinen Kliniken einzuführen.

Auch der Handel zeigt Interesse am kontaktlosen Bezahlen. Die Sparkassen-Finanzgruppe führt mit mehreren bundesweiten Filialisten, etwa aus dem Lebensmittel- und Drogeriehandel, Gespräche über einen flächendeckenden Einsatz der Kontaktlos-Technologie. □

Die Mehrheit der Kommunen in Deutschland (68 Prozent) bezeichnet die eigene Finanzsituation als schlecht oder sehr schlecht. Jede dritte deutsche Kommune musste für das Jahr 2010 sogar ein Haushaltssicherungskonzept verabschieden.

Die Bürger werden die Finanznot der Kommunen direkt zu spüren bekommen: durch höhere Gebühren, Schließungen oder kürzere Öffnungszeiten öffentlicher Einrichtungen oder auch einen ausgedünnten Nahverkehr. Sparen wollen die Städte und Gemeinden vor allem in den Bereichen Straßenbeleuchtung (31 Prozent) und Jugend- und Seniorenbetreuung (29 Prozent). Vielfach werden auch Bäder geschlossen (14 Prozent) oder es wird Einschränkungen im Nahverkehrsangebot oder bei den Kita-Öffnungszeiten (jeweils 11 Prozent) geben.

Zusätzliche Einnahmen erhoffen sich die Kommunen von Gebühren- bzw. Steuererhöhungen. Fast jede zweite Kommune (46 Prozent) plant die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes. Auch beim Besuch von Bädern, Theatern und Museen werden in 44 Prozent der Städte und Gemeinden zukünftig höhere Eintrittspreise fällig. Die Kita-Gebühren will etwa jede dritte Kommune erhöhen (32 Prozent), ebenso viele Kommunen planen die Erhöhung der Hundesteuer.

Viele Kommunen sehen sich derzeit nicht in der Lage, dringend notwendige Investitionen

beispielsweise im Straßenbau zu tätigen. So geben 68 Prozent an, dass sie derzeit Unterhaltsmaßnahmen für Straßen und Gebäude strecken. 61 Prozent der Befragten reduzieren die Neuinvestitionen in den Straßenbau und die Stadtentwicklung. Unterm Strich werden die Investitionsausgaben der deutschen Städte und Gemeinden im laufenden Jahr voraussichtlich weiter sinken: 46 Prozent wollen 2010 weniger investieren, nur 26 Prozent wollen die Investitionsausgaben steigern. Die geplanten Sparmaßnahmen sind notwendig, da eine deutliche Besserung der Lage vorerst nicht in Sicht ist: Nachdem bereits 2009 die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen um 20 Prozent gesunken waren, rechnet die Mehrheit der Kommunen – 59 Prozent – für das laufende Jahr mit einem weiteren Rückgang. Erst im Jahr 2011 soll die Talsohle erreicht sein: 35 Prozent hoffen darauf, dass die Gewerbesteuereinnahmen 2011 wieder steigen werden, immerhin 29 Prozent erwarten aber einen weiteren Rückgang.

Auch der kommunale Anteil an der Einkommensteuer wird nach Auffassung der Kommunen vorerst keinen Beitrag zu ihrer finanziellen Gesundung leisten – im Gegenteil: 79 Prozent rechnen für das Jahr 2010 mit weniger Einnahmen. Und auch 2011 werden die Einnahmen aus Sicht der Befragten tendenziell sinken: 40 Prozent erwarten einen weiteren Rückgang, nur 29 Prozent hoffen auf steigende Einnahmen.

Während die Einnahmen der Kommunen also vorerst weiter sinken, sehen sie sich mit höheren Ausgaben konfrontiert: Vor allem die Sozialausgaben, z. B. Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose und die Ausgaben für Jugendhilfe, die seit Jahren stark steigen, werden in den kommenden Jahren neue Rekordstände erreichen: So erwarten 73 Prozent der Kommunen einen weiteren Anstieg – nur drei Prozent rechnen mit sinkenden Ausgaben. Auch die Personalausgaben werden nach Auffassung der Mehrheit der Städte und Gemeinden (64 Prozent) weiter steigen – trotz eines geplanten Stellenabbaus bei 61 Prozent der Kommunen.

Eine nachhaltige Reform der Kommunalfinanzien sei dringend geboten, so die Untersuchung. Der deutliche Rückgang der Einnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben werde zu einer deutlich höheren kommunalen Verschuldung führen. Die Möglichkeiten der Kommunen, diese durch Sparmaßnahmen abzubauen, seien allerdings sehr begrenzt. DK

Drastische Sparmaßnahmen im Visier

Unternehmensberatung Ernst & Young befragte 300 deutsche Kommunen zur Schuldenkrise

Die kommunale Schuldenkrise zwingt Städte und Gemeinden zu drastischen Maßnahmen: 60 Prozent der Gemeinden wollen kommunale Leistungen reduzieren, 84 Prozent Gebühren und Steuern erhöhen. Das sind Ergebnisse einer Umfrage der Unternehmensberatung Ernst & Young unter 300 deutschen Kommunen.

Sparkassen-Finanzgruppe:

410 Institute nutzen DBRS-Rating

Die kanadische Ratingagentur DBRS hat 408 Sparkassen, einer Landesbank und einer Landesbausparkasse das Floor-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe einzeln zugewiesen. Durch diese Ratingerteilung können also etwa 95 Prozent der Sparkassen die im April erteilte Mindestbonität auf der Höhe von A (high) für langfristige Verbindlichkeiten und R-1 (middle) für kurzfristige Verbindlichkeiten nutzen. Diese Bestätigung verdeutlicht, dass die Sparkassen-Finanzgruppe als leistungsstarke Einheit wahrgenommen wird.

Das Floor-Rating eröffnet den Instituten trotz des weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfelds vielseitige Möglichkeiten. Durch die Erteilung dokumentiert jede Sparkasse ihre Kapitalmarkt-fähigkeit in die Kapital- und Finanzmärkte. Das Rating macht es z.B. möglich, mit solchen institutionellen Investoren Geschäftsbeziehungen aufzunehmen, die einen gesteigerten Wert auf eine externe Bonitätsbewertung ihrer Geschäftspartner legen. Zudem hilft das Rating bei der Erschließung neuer Geschäftsmöglichkeiten und im Rahmen von Interbankengeschäften. Im Auslandsgeschäft gewährt das Rating eine solide Basis und eine Art Garantiefunktion für die hervorragende Bonität der Sparkasse.

Die kanadische Ratingagentur DBRS hatte den Mitgliedern des Haftungsverbandes der Sparkassen-Finanzgruppe, also allen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen, im April 2010 erneut ein Gruppenrating in Form des sogenannten Floor-Rating als Mindestbonität in Höhe von A (high) / R-1 (middle) bestätigt. Ausschlaggebend für dieses sehr gute Ergebnis sind unter anderem das überaus erfolgreiche Geschäftsmodell der Sparkassen, die weiter fortschreitende Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe sowie der tragfähige Haftungsverband der Sparkassen-Finanzgruppe.

Mit einer aggregierten Bilanzsumme von fast 2,6 Billionen Euro Ende 2009 stellt die Sparkassen-Finanzgruppe die größte Bankengruppe in Europa dar. Insgesamt 431 Sparkassen, 7 Landesbank-Konzerne, die DekaBank sowie 10 Landesbausparkassen wie auch einige kleinere Finanzinstitute profitieren von dem DBRS Floor-Rating. □

Deka Kommunal Consult GmbH. Kommunen – fit für die Zukunft!

Praxisnahe Kommunalberatung – Ein Mehrwert für Kommunen und Sparkassen.

- Investitionen wirtschaftlich realisieren.
- Immobilien effizient managen.
- Haushalts- und Finanzwirtschaft modernisieren.
- Den „Konzern Kommune“ für den Wettbewerb stärken.
- Krankenhäuser strategisch entwickeln.
- Verwaltung bedarfsgerecht organisieren.

Sprechen Sie uns an:

DKC Deka Kommunal Consult GmbH
Hans-Böckler-Straße 33, 40476 Düsseldorf
Telefon: (0211) 88288 – 811, Telefax: (0211) 88288 – 781
E-Mail: dkcc@deka.de, Internet: www.dekacc.de

DKC

Finanzgruppe

Präsident Traublinger bei der Handwerkskammer für München und Oberbayern:

„Keine Anhebung des Spitzensteuersatzes“

„Auch das Handwerk konnte sich dem historischen Wirtschaftseinbruch 2009 nicht entziehen. In diesem Jahr machten sich der lange Winter und der Rückschlageffekt durch das Auslaufen der Abwrackprämie in den ersten Monaten bemerkbar. Erst im zweiten Quartal setzte eine spürbare Erholung ein“, erklärte Präsident Heinrich Traublinger, MdL a. D., bei seiner Rede vor der Vollversammlung der Handwerkskammer.

Traublinger unterstrich die Herkulesaufgabe der Politik, den Staatshaushalt unter Kontrolle zu behalten und die Verschuldung zu reduzieren: „An Einsparungen führt kein Weg vorbei. Gleichzeitig muss aber sichergestellt werden, dass der leichte Aufschwung nicht durch überzogene Einsparungen oder Steuererhöhungen abgewürgt wird.“

Der Kammerpräsident forderte, erwiesenermaßen ökonomisch und ökologisch sinnvolle Zukunftssicherungsmaßnahmen vom Grundsatz her zu erhalten. Als Beispiele nannte er die KfW-Programme „Energieeffizient Bauen“ und „Energieeffizient Sanieren“ sowie Mittel der Städtebauförderung, die sich als erfolgreich dabei erwiesen haben, ehrgeizige Klimaschutzziele zu erreichen und Arbeits- und Ausbildungsplätze im Handwerk zu sichern.

Lösung für „kalte Progression“ nicht aus den Augen verlieren

Für eine Reform der Einkommensteuer bestehen aus Sicht des Kammerpräsidenten durchaus Chancen. Die Abschaffung des Mittelstandsbauchs und eine Lösung für die sogenannte „kalte Progression“ dürften trotz der aktuellen Haushaltszwänge nicht aus den Augen verloren werden, sagte Traublinger und sprach sich gleichzeitig strikt gegen eine Anhebung des Spitzensteuersatzes aus: „Wir würden dadurch die Rahmenbedingungen für die Binnenwirtschaft und vor allem für Beschäftigung und Ausbildung massiv verschlechtern. Die sogenannte Gerechtigkeitsdebatte darf nicht in die falsche Richtung führen. Den Menschen wird man am ehesten gerecht, wenn es leistungsfähige Unternehmen gibt, die sie in Lohn und Brot bringen.“

Ampelkennzeichnung

Positiv bewertete Heinrich Traublinger den Verzicht des Europäischen Parlaments auf die sogenannte Ampelkennzeichnung im Rahmen der Lebensmittelinformationsverordnung. Auch für lose, verpackte und regional vermarktete Ware werde es keine grundsätzliche Kennzeichnungspflicht geben. Traublinger: „Die guten Argumente des Handwerks haben in Brüssel offensichtlich überzeugt. Weiter kämpfen müssen wir aber noch gegen die sogenannten Nährwertprofile.“

Elektromobilität

Ein Ansatzpunkt, um Klima- und Umweltschutz mit der Wirtschaft besser in Einklang zu bringen

gen wird nach Meinung Traublingers der Elektroantrieb sein. Der Freistaat Bayern unterstützt mit einer 5-Punkte-Strategie die Elektromobilität. Und die Bundesregierung hat vor wenigen Wochen die Nationale Plattform Elektromobilität gestartet. In diesem Bereich verfügen die Handwerksunternehmen über enormes Know-how. „Besonders im Zweiradbereich, in dem der Elektroantrieb bereits Serienreife hat, sind die Handwerker jetzt schon Problemlöser, aber auch Vertriebs- und Servicepartner“, so Traublinger.

Raumentwicklung

Viele Verkehrsströme können durch mittelständische Strukturen, eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung und die räumliche Nähe von Wohnen und Arbeiten vermieden werden. Die Raumentwicklung ist deshalb die Basis für eine sinnvolle Verkehrspolitik. Dagegen gefährden Einzelhandelsprojekte auf der grünen Wiese den Mittelstand, führen zu erhöhtem Verkehrsaufkommen und verursachen einen enormen Flächenverbrauch.

Befürchteter Wildwuchs

Traublinger bat Ramsauer, insbesondere bei der von der Koalition vereinbarten Überarbeitung der Baunutzungsverordnung darauf zu achten, dass die Regelvermutungsgrenze der Raumverträglichkeit von Einzelhandelsprojekten nicht ausgeweitet wird: „Andernfalls ist ein Wildwuchs von Handelsprojekten zu befürchten, der eine nachhaltige Versorgung insbesondere der ländlichen Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs in Frage stellt“, begründete der Kammerpräsident.

Demographischer Wandel

Hauptgeschäftsführer Dr. Lother Semper erklärte die Bewältigung des demographischen Wandels in seiner Rede zu einer der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. „Das langsame Ausbluten der Hauptschule bereitet mir besonders große Sorgen. Neueste Prognosen sagen einen wahren Absturz der Abgängerzahlen von Haupt- bzw. Mittelschulen bis zum Schuljahr 2018/19 um ein Drittel auf 24.500 voraus. Dies bedeutet mittelfristig eine große Gefahr für die Nachwuchsversorgung des Handwerks“, berichtete Semper.

Momentan verläuft die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt noch positiv. Bis zum 31. Mai wurden 2.170 Lehrverträge neu abgeschlossen. Das bedeutet

einen Anstieg gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 6,3 Prozent.

„Bisher galt das Hauptaugenmerk dem Ziel, genügend Lehrstellen für junge Menschen einzuwerben. Künftig muss der Schwerpunkt aber auf die ‚Fachkräftesicherung‘ gelegt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, den Ausbildungspakt, der im kommenden Herbst ausläuft, unter der veränderten Zielsetzung

Regulierung der Finanzmärkte:

Ratingagenturen an die Leine

EU-Kommission plant strengere Aufsicht und eine Stärkung der unternehmensinternen Kontrollen in den Finanzinstituten

Ratingagenturen werden zunehmend kritisch gesehen, schon lange vor der Griechenlandkrise. Um das Finanzsystem zu stärken, sollen sie nun einer stärkeren Kontrolle unterworfen werden. Auf Vorschlag von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier soll die Aufsicht über die Ratingagenturen bei der neuen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA in Paris gebündelt werden. Die ESMA („European Securities and Markets Authority“) ist nach den Beschlüssen aus dem vergangenen Jahr eine von drei neuen EU-Behörden zur Finanzaufsicht, die ab 2011 funktionsfähig sein sollen.

Auskunft über Methodik und Details

Bereits nach den geltenden Regeln müssen sich die Ratingagenturen, wenn sie europaweit tätig sein wollen, bei der ESMA zentral registrieren lassen. Sie sollen nach den neuen Vorschlägen zudem detailliert Auskunft geben müssen über ihre Methodik und über Details der von ihnen bewerteten spekulativen Wertpapiere. Bei einem begründeten Verdacht auf einen Regelbruch soll die Aufsichtsbehörde das Recht haben, Mitarbeiter der Ratingagenturen zu befragen und ihre Büros zu durchsuchen. Das entspricht in etwa den Kompetenzen der Wettbewerbsbehörde der Europäischen Union.

Wettbewerb beflügeln

Zudem sollen Banken, die komplizierte strukturierte Wertpapiere ausgeben, alle interessierten Ratingagenturen mit den Informationen versorgen, die sie an die von ihnen selbst beauftragten Agenturen geben. Damit soll der Wettbewerb zwischen den Agenturen beflügelt werden. Sollten die Ratingagenturen die Regeln der Aufsicht brechen, hat sie das Recht, Strafen zu verhängen.

Zentralisierung der Aufsicht

Mit der Vorlage plant EU-Kommissar Barnier eine Verschärfung der erst im April 2009 beschlossenen Regulierung der Ratingagenturen. Neu ist vor allem die Zentralisierung der Aufsicht in einer Behörde. Die Kompetenzen der neuen ESMA werden damit deutlich erweitert. „Die Änderungen werden zu einer besseren Aufsicht und größerer Transparenz führen“, sagte Barnier bei der Vorstellung der Vorschläge. „Sie sind jedoch nur ein erster Schritt. Wir werden diesen Sektor eventuell genauer untersuchen müssen, insbesondere die unverhältnismäßige Rolle, die Ratingagenturen auf den heutigen Finanzmärkten einnehmen.“

Bessere interne Kontrolle

Als Reaktion auf die Finanzkrise setzt die EU-Kommission aber nicht nur auf Regulierung

weiterzuentwickeln“, fuhr der Hauptgeschäftsführer fort. Ansatzpunkte sind dazu die Verbesserung der Berufsorientierung und eine auf die verschiedenen Gruppen von Jugendlichen abgestellte Ansprache.

Nachwuchswerbung

Die zentrale Aktion zur Nachwuchswerbung bildet in Oberbayern die Kampagne „Macher gesucht!“. Bayernweit haben sich dafür 1.280 Jugendliche angemeldet. Semper: „Die Tatsache, dass davon über 700 – also fast 55 Prozent – aus Oberbayern stammen, untermauert, wie ernst wir das Thema Fachkräfteversorgung und Nachwuchswerbung nehmen.“

Präsident Götzl beim 111. GVB-Verbandstag:

Nachhaltigkeit ist Wesenskern der Genossenschaften

Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, ist fest davon überzeugt: Es hat seinen Grund, dass die 1.145 genossenschaftlichen Mitgliedsunternehmen mehrheitlich gut durch die Wirtschaftskrise der letzten Jahre gekommen sind.

Das unterstrich er in seiner Grundsatzrede auf dem 111. Verbandstag der bayerischen Genossenschaften. Götzl verdeutlichte den zentralen Unterschied zu anderen Unternehmensformen: „Der Zweck einer Genossenschaft ist nicht die kurzfristige Kapitalrendite, sondern langfristiger Erfolg und Nutzen für die Mitglieder.“ Hierin sei ganz wesentlich der Erfolg der genossenschaftlichen Unternehmen begründet. „Nachhaltigkeit ist der Wesenskern der Genossenschaften“, so Götzl.

Hilfe zur Selbsthilfe

Anknüpfend an das historische genossenschaftliche Gründungsmotiv der ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ adressierte Götzl seine zentrale Forderung an die anwesenden Bundes- und Landespolitiker: „Wir müssen unser Schicksal schon in die eigenen Hände nehmen. Dazu wünsche ich uns allen mehr Mut. Mut, der die Grundlage für wirtschaftliche Dynamik ist.“

Dass sich dieser Mut gepaart mit einem klar definierten unternehmerischen Wertegerüst auch

für die Gesellschaft auszahlt, verdeutlichte Götzl am Beispiel der Steuerzahlungen bayerischer Kreditgenossenschaften.

Steter Steuerbeitrag

Während andere Banken in Deutschland in den letzten Jahren Staatshilfen in Milliardenhöhe in Anspruch nehmen mussten, leisteten die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken einen stetigen und erheblichen Steuerbeitrag. So lag 2009 ihr Steueraufkommen bei 360 Millionen Euro. Davon profitierten die bayerischen Städte und Gemeinden durch Gewerbesteuerzahlungen in Höhe von 158 Millionen Euro. Götzl: „Wir begreifen das als einen notwendigen Beitrag zum Erhalt unseres Gemeinwesens und unserer Infrastruktur. Wer zu Hause Steuern zahlt, leistet einen Beitrag zur lebendigen Heimat.“

Eine ausführliche Dokumentation über den Verbandstag der bayerischen Genossenschaften veröffentlicht die Bayerische Gemeindezeitung in Ausgabe 15.

MdEP Markus Ferber zum Euro-Rettungsschirm:

Stabilität braucht Haushaltskonsolidierung

Mit dem Euro-Rettungsschirm können künftige Krisen vermieden werden. Voraussetzung dafür ist aber ein beherrschter Defizitabbau in allen nationalen Haushalten, betonte der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europaparlament, Markus Ferber, am Rande der Tagung der EU-Finanzminister.

„Der Euro-Rettungsschirm sorgt für Stabilität. Er kann und soll aber keine chronischen Defizitsünder auffangen. Nur wer unverschuldet in eine Notlage gerät, aber ansonsten solide wirtschaftet, soll auf die Solidarität anderer bauen dürfen. Nur so kann das Vertrauen in den Euro wieder zurückgewonnen werden“, so Ferber. Zur Sanierung der nationalen Haushalte gebe es keine Alternative. „Was in Lettland und Griechenland richtig ist, ist auch in Ungarn und allen anderen EU-Ländern geboten. Kein EU-Land darf durch eigenes Verschulden an den Rand der Pleite geraten. Die Krise muss jetzt als Chance genutzt werden, mittelfristig wieder politische Gestaltungsmöglichkeiten zurückzugewinnen. Denn wenn der Schuldendienst alle Handlungsspielräume auffrisst, verkommt Politik zum reinen Krisenmanagement“, sagte der CSU-Europaabgeordnete.

Zur Verbesserung der Haushaltsdisziplin fordert Ferber eine rasche Verschärfung der Regeln des EU-Stabilitätspakts. „Bei der Frage der Verschuldung darf es keinen politischen Spielraum mehr geben. Die EU-Staats- und Regierungschefs müssen sich zu mehr Automatismus beim Defizitverfahren verpflichten. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von EU-Ratspräsident Van Rompuy soll bis zum Herbst konkrete Vorschläge zur Überarbeitung des Pakts ausarbeiten.“



Energie und Kommunale Entwicklung
Erneuerbare Energien als Standortvorteil



Straßenbeleuchtung
Innovative Beleuchtungskonzepte für Städte und Gemeinden



Solarenergie
Planung und Projektierung von Photovoltaikanlagen



Baulandentwicklung
Wohn- und Gewerbegebietserschließung

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Handelsbilanzüberschuss der Eurozone bei 4,5 Mrd. €

Nach ersten Schätzungen ergab sich für die Eurozone im März 2010 ein Überschuss von 4,5 Milliarden Euro im Handel mit der übrigen Welt. Dies ist ein Plus von 1,6 Milliarden im Verhältnis zum Vorjahr. Im März 2010 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Februar 2010 um 7,5 Prozent und die Einfuhren um 10,3 Prozent zu. Deutschland erzielte mit Blick auf den Handel mit den einzelnen Mitgliedstaaten den höchsten Überschuss von 20,6 Milliarden Euro im Januar-Februar 2010. Verteilt auf die gesamte EU ergab sich jedoch nach ersten Schätzungen im März 2010 ein Handelsbilanzdefizit von 7,1 Milliarden Euro gegenüber einem Minus von 9,2 Milliarden im März 2009.

Jahrespressekonferenz der DATEV eG:

Erwartungen übertroffen

DATEV-Umsatz wächst stärker als Branche - Guter Start mit neuer Software

„Froh und auch ein bisschen stolz“ zeigte sich Prof. Dieter Kempf, Vorstandsvorsitzender der DATEV eG, Nürnberg, bei der Jahrespressekonferenz des IT-Dienstleisters. Schließlich konnte sich das Unternehmen mit einem Umsatzwachstum von 3,5 Prozent deutlich vom negativen gesamtwirtschaftlichen Trend absetzen. „In Zahlen bedeutet dieses Wachstum eine erfreuliche Zunahme um 22,7 Mio. Euro, von 649,7 Mio. auf 672,4 Mio. Euro, womit wir sogar unsere eigenen Erwartungen übertroffen haben“, erläuterte Kempf.

Die Ursachen für diese positive Entwicklung seien vielfältig, berichtete Kempf. Zunächst zehre DATEV - laut aktuellem Lünen-donk-Ranking das viertgrößte Softwarehaus in Deutschland - von einem Kapazitäts- und Produktivitätszuwachs aus der in 2007 durchgeführten Anhebung der regelmäßigen Arbeitszeit von 37,5 auf 40 Stunden. Unter den Leitgedanken „mehr Zeit für den Kunden“, „mehr Zeit für Innovation und Kreativität“ sowie „mehr Zeit für Jobfitness“ seien Freiräume geschaffen worden, ohne dabei die Personalkosten zu steigern.

Als weiteren Aspekt führte Kempf an, „dass viele unserer Mitglieder und deren Mandanten weniger von der Krise betroffen waren als der Durchschnitt der deutschen Wirtschaft“. Ein Groß-

teil der Mandanten entstamme dem Handwerk und dem unternehmerischen Mittelstand. „So haben wir zum Beispiel bei den Lohnabrechnungen feststellen können, dass nicht wenige aus diesem Bereich versucht haben, ihre qualifizierte und speziell ausgebildete Belegschaft so weit wie möglich zu halten.“

Attraktives Angebot

Last but not least sei das DATEV-Dienstleistungsangebot „offensichtlich funktional wie preislich für Kundengruppen attraktiv geworden, die bislang eigene oder andere Lösungen bevorzugt haben und diese nun durch unsere ersetzen“. Im Zuge der Krise sei überdies der eine oder andere Mitbewerber aus dem Markt ausgeschieden.

Deutsches Institut für Urbanistik:

PPP-Projekte bleiben ein wichtiges Thema

Etwa ein Viertel der Kommunen und Länder, die Ende 2008/Anfang 2009 vom Deutschen Institut für Urbanistik zu ihren Erfahrungen und Planungen mit Infrastrukturprojekten in Public Private Partnership (PPP) befragt wurden, wollen in den nächsten fünf Jahren ein oder mehrere PPP-Vorhaben anstoßen und umsetzen. Damit ist in diesem Zeitraum alleine bei den Kommunen ein Gesamtvolumen bei PPP-Vorhaben in Höhe von etwa 8,4 Milliarden Euro denkbar. Hinzu kommen noch die Maßnahmen von Bund und Ländern mit einem PPP-Potenzial von rund 5,8 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren.

Trotz dieser beachtlichen Zahlen ist eine gewisse „Abkühlung“ des PPP-Marktes offensichtlich. Der stärkere Anstieg in der Umsetzung von PPP-Projekten in den Jahren 2007 und 2008 wird sich in den nächsten Jahren vermutlich etwas abflachen - nicht zuletzt bedingt durch die wieder wachsenden Haushaltsengpässe in den Kommunen sowie die Finanzierungszurückhaltung der Banken und Sparkassen als Folge der weltweiten Finanzkrise. PPP-Projekte finden sich unverändert am ehesten in den Bereichen Schulen sowie Sport, Freizeit, Touristik, gefolgt von Verwaltungsbauten und Verkehrsprojekten. Dies wird sich in Zukunft nicht wesentlich ändern.

Zufriedene Kommunen

Insgesamt sind die PPP-Verantwortlichen in den Kommunen mit Ablauf, Verfahren und Ergebnissen der PPP-Projekte überwiegend zufrieden. In einem engen Zusammenhang mit der Zufriedenheit steht die Erfüllung von Effizienz- und Qualitätserwartungen. Diese wurden meistens erfüllt, teilweise aber auch übertroffen oder unterschritten. Dabei macht die Einhaltung der vereinbarten Qualitätsmaßstäbe häufiger Probleme als die Erfüllung der Wirtschaftlichkeitserwartungen. Trotz der insgesamt deutlichen Zufriedenheit mit den Projekten gab es bei jedem vierten Projekt in irgendeiner Phase große Probleme. Insbesondere die Vertragsgestaltung sowie die Risikoidentifizierung und -bewertung stellten die Akteure vor große Herausforderungen.

Will man PPP-Projekte umsetzen, gibt es eine Vielzahl von Erfolgsfaktoren. Die wichtigsten sind nach Meinung der Befragten

eine sorgfältige Bedarfsplanung und Bestandsbeurteilung, die gute Vorbereitung der Machbarkeitsstudie und Konzeption, ein gutes Projektmanagement und eine funktionierende Kommunikation zwischen den Partnern. Als größte Risiken (neben einer Reihe weiterer) werden unvollständige Verträge, mangelhafte Flexibilität z.B. bei Zieländerungen und Kontrollverlust für die öffentliche Hand gesehen.

Auch wenn die Investitionsquote bezogen auf PPP noch weit von den 15 Prozent entfernt bleibt, die die Bundesregierung nach dem Beispiel vergleichbarer Industrieländer als Maßstab gesetzt hat, darf nicht übersehen werden, dass das gewaltige Projektvolumen von insgesamt fast 15 Mrd. Euro in den nächsten fünf Jahren den engagierten Einsatz aller Beteiligten verlangt.

Voraussetzung dafür ist, dass die öffentlichen Partner weiter fit für den Einsatz von PPP gemacht werden. Dabei ist nach Einschätzung der Befragten einerseits an den rechtlichen und steuerlichen Hemmnissen anzusetzen, andererseits sind Orientierungshilfen, Beratungsangebote und Standardisierungen noch stärker als bisher bereitzustellen.

Ergänzend dazu sollte eine wissenschaftlich seriöse und unabhängige Evaluation der laufenden Projekte erfolgen, deren Ergebnisse dokumentiert werden müssten. Die Beschreibung von guten Beispielen würde die Akteure für weitere Projekte motivieren, und auch weniger erfolgreiche Vorhaben können den Erfahrungsschatz mit wichtigen Hinweisen bereichern.

Diese Ergebnisse und vieles mehr finden sich in der PPP-Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik. □

Höheres operatives Ergebnis

Das operative Ergebnis der Genossenschaft erhöhte sich von 42,32 Mio. Euro im Vorjahr auf 43,54 Mio. Euro in 2009. Davon fließen rund 38,6 Mio. Euro, also 6,2 Prozent (Vorjahr 6,7 Prozent) des rückvergütungsfähigen Umsatzes, als genossenschaftliche Rückvergütung an die Mitglieder zurück. Das positive Ergebnis basiert auf gestiegenen Absatz- und Umsatzzuwüchsen in allen Produktgruppen. Außerdem konnten sich auch in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld Mitglieder und Kunden sehr erfolgreich am Markt positionieren. Deshalb bildete das sehr stabile Kerngeschäft weiterhin die tragende Säule der Geschäftstätigkeit.

Erwartetes Umsatzplus

Auch für das laufende Jahr erwartet Kempf ein Umsatzplus und ein befriedigendes Ergebnis. „Mehrumsätze vor allem bei den Produktgruppen Personalwirtschaft, Rechnungswesen und Organisationssoftware haben uns bereits dazu veranlasst, unsere Umsatzprognose für 2010 etwas anzuheben und auf 696 Mio. Euro zu erhöhen. Allerdings wird das Vorjahresergebnis durch unser hohes Engagement in unsere neue Software-Linie nicht wieder erreicht werden können.“ Im ersten Halbjahr 2010 wurden 353,2 Mio. Euro umgesetzt. Die Mitgliederzahl beträgt 39.577 und das Personal wuchs auf 5.791 Mitarbeiter.

Das Jahr 2010 steht ganz im Zeichen der Markteinführung eines neuen Systems zur kommunalen Haushaltssteuerung. Ein zentraler Stammdatendienst mit direktem Durchgriff auf die Da-

Landkreis Rosenheim:

Stabile Müllgebühren

Gesamt-Restmüllmenge gesunken
Recyclingquote bei 72 Prozent

Bei der Vorlage des Abfallwirtschaftsberichts 2009 des Landkreises Rosenheim konnte Landrat Josef Neiderhell vermelden, dass die Müllgebühren im Landkreis Rosenheim inzwischen das 16. Jahr stabil sind. Mit der Vermeidung und Trennung von Müll hätten dazu auch die Bürgerinnen und Bürger ihren wertvollen Beitrag geleistet, so der Landkreischef.

Wie der Abfallwirtschaftsbericht ausweist, sank die Gesamt-Restmüllmenge trotz leicht gesteigener Einwohnerzahlen erneut auf jetzt gut 48.300 Tonnen. Dies sind fast 270 Tonnen weniger als noch 2008. Mit einer Recyclingquote von 72 Prozent konnte erneut ein sehr gutes Ergebnis erzielt werden.

Gesunkene Altpapiermenge

Die gewerblichen Altpapiersammlungen mittels der sog. Blauen Tonne durch Firmen wie Chiemgau-Recycling oder Remondis bescherten dem Landkreis einen weiteren Rückgang des Altpapiers in Altpapiersammelbehältern und Großraumcontainern. Knapp 15.900 Tonnen brachten die Bürger im vergangenen Jahr an die Wertstoffinseln und Wertstoffhöfe. Damit sank die kommunal erfasste Altpapiermenge noch einmal um über sieben Prozent. Seit 2008 leert der Müllabfuhrbetrieb des Landkreises die „Blauen Tonnen“ der Firma Chiemgau-Recycling. Diese Zusammenarbeit bewährt sich und soll fortgesetzt werden.

Beim Altglas liegt der Landkreis Rosenheim im bayernweiten Trend. Die gesammelten knappen 6.400 Tonnen sind die geringste Menge seit Einführung der Altglasverwertung. Grund ist

ten fasst darin alle Einstellungen für den Gesamthaushalt in einer Auswahl zusammen. Eine neu hinzu gekommene Funktion ist die vollautomatische Berechnung der Abschreibungen für Investitionsmaßnahmen aus der Haushaltsplanung heraus. Berechtigungen und Kostenstellen befinden sich ebenso strukturiert in einem Register wie allgemeine Einstellungsfunktionen für die Benutzeroberfläche. Die geöffneten Fenster werden übersichtlich in Reitern auf dem Bildschirm angeordnet, wobei der Nutzer jederzeit zwischen den einzelnen Teilanwendungen der Haushaltsplanung umschalten kann.

DATEV Haushaltsplanung pro

DATEV Haushaltsplanung pro unterstützt sowohl eine zentrale als auch eine dezentrale Haushaltsplanung. Kommunen, die sich für ein dezentrales System entscheiden, können ihre Dispositionen entweder direkt im System vornehmen oder aber Planungen aus Excel-Dateien integrieren. Die Kämmerei übernimmt dabei die Daten komfortabel über eine Schnittstelle und kann sie bei Bedarf anpassen, so dass keine manuellen Übernahmen mehr vorgenommen werden müssen. Zur Entlastung der Kämmerei werden die Plan-Abschreibungen automatisch aus der Anlagenbuchhaltung übernommen.

Bessere Editierbarkeit

Verbessert stellt sich auch die Editierbarkeit des Haushaltsplans dar. Die Ausgabe erfolgt in ein besonders geschütztes Word-Dokument. Indem die Planwerte in einem schreibgeschützten Dokumentbereich übergeben werden, ist sichergestellt, dass Zahlenwerte ausschließlich im Programm geändert werden können. So lassen sich Differenzen zwischen gedrucktem Haushalt und den Werten im Programm ausschließen. Gleichzeitig ermöglicht die Aus-

gabe in Word, dass zusätzliche Textteile wie beispielsweise Vorworte ohne viel Aufwand in den Haushaltsplan integriert werden können.

DATEV Haushaltsplanung pro wird gemeinsam mit weiteren überarbeiteten Komponenten des DATEVkommunal-Pakets im vierten Quartal 2010 zur Verfügung stehen - darunter die Anwendungen zur Mittelbewirtschaftung, zum Forderungswesen und für die Kommunalen Abgaben. Diese Anwendungen lassen sich dann übersichtlich über den zentralen, auf die Anforderungen von Verwaltungen abgestimmten DATEV Arbeitsplatz pro steuern.

Hohe funktionale Integration

Damit profitiert auch der Public Sector von den Neuerungen der Software-Generation DATEV pro. Diese zeichnet sich insbesondere durch Übersichtlichkeit, eine hohe funktionale Integration, einen neu gestalteten, einheitlichen Stammdatendienst sowie moderne Such- und Gruppierungsmöglichkeiten aus, die mit den bewährten Funktionen der DATEV-Software nahtlos ineinander greifen. Das Programm Rechnungswesen kommunal inklusive der Anlagenbuchführung und der Kostenrechnung wird dann im kommenden Jahr auf eine neue Version aus der DATEV pro-Linie umgestellt.

Zudem beschäftigt sich DATEV

Sulzbach-Rosenberg:

Sanierung der Schlackendeponie

Spatenstich für Informationszentrum
Söder: „Klares Bekenntnis zur Region“

„Sanfter Tourismus“ und „Kultur“ sind die beiden Säulen der Nachfolgenutzung für die ehemalige Schlackendeponie der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg. Beim Spatenstich zum neuen Informationszentrum am Schlackenbergr wertete Umweltminister Markus Söder das Engagement des Freistaats Bayern als klares Bekenntnis zur Region.

Im Beisein von Regierungspräsidentin Brigitta Brunner, Landrat Richard Reisinger und Bürgermeister Gerd Geismann maß Söder der planmäßig verlaufenden Sanierung der Deponie deutschlandweite Bedeutung bei. Die Sanierung des Schlackenberges sei die größte Baumaßnahme des Freistaates im Deponiebereich.

Das Volumen des bis zu 55 Meter hohen Schlackenberges beträgt rund 4,8 Millionen Kubikmeter; die zu sanierende Gesamtfläche rund 31,5 Hektar. Der Schlackenbergr diente für über 100 Jahre - von 1893 bis Anfang 1997 - als Entsorgungsstätte für Produktionsrückstände aus der Eisen- und Stahlherstellung der Maxhütte.

Kulturelle Nutzung

Wie Minister Söder hervorhob, stellt der Freistaat für Sanierungsmaßnahmen am Schlackenbergr in diesem Jahr 10,2 Millionen Euro zur Verfügung. Nach ihrem Abschluss soll das Gelände touristisch und kulturell genutzt werden. „Das Informationszentrum soll an die örtliche Industriegeschichte erinnern, aber auch Mahnmal für nachhaltiges und umweltgerechtes Wirtschaften sein.“

Das neue Informationszentrum wird mitten auf dem Schlacken-

Bürger gelingt die Umsetzung dieser Leitlinie bis heute. Verursachte ein Landkreisbürger 1990 noch fast 390 Kilogramm Haushaltsabfall, waren es im vergangenen Jahr mit gut 193 Kilogramm weniger als die Hälfte.

Neiderhell wies ausdrücklich auf die Bedeutung dieser positiven Entwicklung hin: Wäre die Gesamtrestmüllmenge auf dem Stand von 1990 geblieben, bedeutete dies eine zusätzliche Ko-

mit Anwenderszenarien für den neuen (elektronischen) Personalausweis, der vom Herbst an von den Einwohnermeldeämtern ausgegeben werden soll. „Hier arbeiten wir an einer Lösung zur elektronischen Übermittlung der Lohn- und Gehaltsabrechnungen im Zusammenspiel mit der einfachen und sicheren Online-Identifizierung über diesen Ausweis“, betonte Kempf. Er habe hohe Erwartungen, dass sich mit diesem Dokument im Format einer Scheckkarte die Sicherheit bei geschäftlichen Transaktionen über das Internet deutlich erhöhen lässt.

Zusätzliches Rechenzentrum

Mit einem zusätzlichem Standort wird die DATEV eG ihr Rechenzentrum ergänzen. Für das zweite Quartal 2011 plant das Unternehmen die Inbetriebnahme eines rund 1.000 Quadratmeter IT-Fläche umfassenden Rechenzentrumsneubaus im Raum Nürnberg. Nötig ist diese räumliche Erweiterung auf Grund der verstärkten Nachfrage nach rechenzentrumsbasierten Diensten. In den vergangenen Jahren hat der IT-Dienstleister das Leistungsspektrum kontinuierlich ausgebaut, sowohl mit Sicherheits- und Outsourcingleistungen als auch mittels internetbasierter Software-Angebote. An seinen bisherigen Standorten verfügt das Unternehmen derzeit über rund 3.500 Quadratmeter IT-Fläche. **DK**

Abschluss in 2012

Das Nutzungskonzept wurde Anfang 2010 zwischen Freistaat, Stadt und Landkreis abgestimmt. Die Regierung der Oberpfalz übernimmt die vertragliche Ausgestaltung der Folgenutzungen. Die Errichtung des Infozentrums wird durch Mittel aus dem Konjunkturpaket II kofinanziert.

Die Sanierung des Schlackenbergs ist die größte Baumaßnahme des Freistaates im Deponiebereich. Sie kann laut Söder voraussichtlich termingerecht im Jahr 2012 abgeschlossen werden. Die Finanzierung der weiteren Sanierungsmaßnahmen sei auch weiterhin gesichert, betonte der Minister. Die Gesamtkosten werden sich auf rund 54 Millionen Euro belaufen. **DO**

Das neue Informationszentrum wird mitten auf dem Schlacken-

stenbelastung von fast 19 Millionen Euro jährlich. Bei 14-tägiger Leerung kostet eine 80 Liter-Tonne ohne Kompostierabschlag 144 Euro, mit Kompostierabschlag 132 Euro. Im Landkreis Altötting sind für die gleiche Leistung 133,20 Euro, im Landkreis Traunstein 153,60 Euro, im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen 167,40 Euro und im Landkreis Miesbach sogar 180 Euro zu entrichten. **KI**

3. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz:

Impulse der Bildung

„Nachhaltigkeit neu lernen - Impulse der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ lautete das Thema der 3. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz, die einmal mehr auf große Resonanz stieß. Wie Oberbürgermeister Thomas Thumann feststellte, hätten die Podiumsdiskussion, die Foren am Nachmittag und auch die Gespräche in den Pausen zwischen Teilnehmern und Referenten gezeigt, „dass dieses Thema auf große Nachfrage stößt“. Auch sei es eine gute Erfahrung gewesen, „dass es schon viele gibt, die an Lösungen und an konkreten Umsetzungen gerade auch im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung arbeiten“.

Bayerns Staatsminister für Umwelt und Gesundheit Dr. Markus Söder hatte zu Beginn dargelegt, wie die Zukunft der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern aussieht. Er sprach von einer unausweichlichen Konsequenz, vor der die Menschen auch im Freistaat stünden. Gerade die Bildung sei für ihn ein wichtiger Ansatz, um Nachhaltigkeit schon bei den Kindern zu vermitteln und dazu gehöre es, den jungen Menschen die Umwelt und die Natur wieder näher zu bringen. Für ihn gelte hier das Motto: „Was ich kenne, das schütze ich.“ Sein Ministerium fördere da-

her zahlreiche Bildungsprojekte.

Prof. Dr. Gerhard de Haan stellte die provokante Frage „Wozu brauchen wir eine Bildung für nachhaltige Entwicklung?“ und zeigte in seinem Vortrag, welche Zielsetzungen und Perspektiven die nachhaltige Bildungslandschaft in Deutschland besitzt. De Haan, Vorsitzender des Nationalkomitees der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ stellte klar, dass Bildung kommunal und regional verankert werden müsse. „Wir müssen regionale Bildungslandschaften schaffen, bei denen alle potenziellen Bildungsträger mit einbezo-

gen werden sollten.“ Außerdem sei ein generationenübergreifendes Lernen notwendig, um den vielfältigen Herausforderungen zu begegnen.

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker zeigte seinerseits auf, dass es heute um zwei wesentliche Elemente gehe: Die Effizienz und die Suffizienz. Auf diese Weise könne es gelingen, den „ökologischen Fußabdruck“ der Menschen in der westlichen Welt um den Faktor 5 zu verringern und gleichzeitig den der Bewohner der Entwicklungsländer um den Faktor 5 zu heben. Ziel müsse es sein, dass alle Menschen die gleichen Nutzungsrechte an der Natur erhalten und bei einer Schieflage durch Ausgleichsleistungen diese kompensiert werden. So könne ein Ausgleich gelingen.

Mit Blick auf die Klimaschutzmaßnahmen sprach von Weizsäcker von einer „Fehlleistung europäischer Umweltpolitik“, die darin bestehe, Amerika unbedingt mit dabei haben zu wollen. Sollten sich die westeuropäischen und die asiatischen Länder in einer Allianz auf Klimamaßnahmen einigen, so würde Amerika sehr rasch nachziehen, zeigte sich von Weizsäcker überzeugt.

In zwei anschließenden Fachforen ging es um die Nachhaltig-

keitsbildung in der Praxis der Kommunen bzw. um jene in der Unternehmenspraxis. In Kurzreferaten von Caroline Fischer, Neumarkts Bürgermeisterin Ruth Dörner, dem Chefredakteur der Redaktion „Focus Schule“ Matthias Brüggemeier sowie Konstantin Hopf und Pascal Najuch vom Schiller-Gymnasium Hof zum Thema „Schüler für den Klimaschutz“ wurde Thema 1 unter der Moderation von Ralf Mützel vom Neumarkter Bürgerhaus vertieft.

Bereits am Tag vor der Konferenz hatte der Kooperationspartner der Stadt für die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz, die Neumarkter Lammsbräu, zum 9. Mal ihren „Nachhaltigkeitspreis“ verliehen. Der Ehrenpreis ging dabei an Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker. Weitere Preisträger kamen aus den Kategorien „Medien“, „Privatpersonen/Gruppen“ und „Unternehmen“.

Die Stadt Regensburg wurde dabei für ihr beispielhaftes Öko-Schulprogramm ausgezeichnet. An den 30 Schulen in der Oberpfalz-Metropole gibt es Energiemanager, sämtliche Schüler sind Energie-Detektive und es geht längst nicht mehr nur darum, weniger Strom zu vergeuden: Vielmehr wurden seit 1999 Heizenergie, Strom, Wasser und Abfälle im Wert von mehr als 880.000 Euro gespart. Das Geld floss zu großen Teilen in nachhaltige Verbesserungen der Schultechnik – zum Nutzen der Natur. DK



Die Steinschränke sind in ein durchdachtes Müllkonzept eingebunden. Dies hat zahlreiche Vorteile.

Neue Steinschränke von Paul Wolff:

Müllkonzept in Wohnanlagen umsetzen

Wer das Ziel verfolgt, Müllkonzepte für Wohnanlagen zu entwickeln und die Müllplätze zukunftsfähig und nachhaltig kostensparend einsetzen zu wollen, ist mit den geräuscharmen SILENT 1001-Steinschränken von Paul Wolff gut bedient. Attraktive und konzeptionell geplante Müllplätze bedeuten Wirtschaftlichkeit für Wohnungseigentümer und Mieter.

Die neuen Steinschränke für Wohnanlagen und gemeinschaftlich genutzte Abfallbehälter bieten eine zu jeder Tageszeit geräuscharme Lösung für die Entsorgung von Hausabfällen. Das patentierte Öffnungs- und Schließungskonzept mit der besonderen Federung und Dämpfung lässt einen hohen Lärmpegel nicht zu. So ist das Zuschlagen der Deckel bei der Nutzung durch Bewohner und das turnusmäßige Herausziehen der Behälter beim Entleeren mit 40 bzw. 80 Dezibel erheblich leiser als bisher. Das Müllleinwerfen ist durch die niedrigen Griffhöhen der Einwurfdeckel kinderleicht. Das intelligente zentrale Schließsystem für die Einwurfdeckel kann mit dem Haustürschlüssel geöffnet werden. Dazu gibt es noch spezielle Einwurföffnungen für Papier, Verpackungen und Restmüll.

Eigenverantwortung fördern

Wenn die Steinschränke in ein durchdachtes Müllkonzept eingebunden sind, hat das vielerlei Vorteile. Die Müllkosten können in ihrer Höhe von dem Verursacher beeinflusst werden. Dazu gehören Systeme oder Konzepte, mit deren Hilfe die Eigenverantwortung gefördert wird. Diese Angebote schlagen sich in der „2. Miete“ nieder und haben Einfluss auf Marktwert und Vermietbarkeit von Wohnungen.

Neben dem Verhalten der Verursacher am Müllplatz werden die Müllkosten durch die Grundabgaben des Bereitstellungsvolumens und durch den Entleerungszyklus bestimmt.

Satzungsrechtlich bestimmt werden unter anderem das Mindestvolumen je Wohnungsbewohner und Woche sowie die Größe des Abfallbehälters und der Entleerungszyklus. Sehr oft ist der zugrunde gelegte Zusammenhang von Personenzahl und bereitgestelltem Volumen überprüfungsbedürftig.

Andere Faktoren wie die verhaltensbedingte Überfüllung der Restmüllbehälter durch voluminöse, nicht zerleinerte oder zusammengedrückte Gegenstände, das Auslassen der Gelegenheit zur Nutzung der bereitgestellten Wertstoffbehälter für Verpackun-

gen oder nicht zur Verfügung gestellte Papierbehälter müssen ebenfalls Bestandteil einer realistischen Kostenermittlung sein. Auch fehlende Sauberkeit sowie in der Folge Ratten- und Hygieneprobleme sind unter Umständen nur durch den Einsatz hoher Zusatzkosten zu unterbinden. All dies erhöht die von den Mietern gezahlten Betriebskosten, die in der Summe Bestandteil der „2. Miete“ sind.

Bestandsbezogene, auf die Gebäude oder Wohnanlagen abgestimmte Müllkonzepte können die Gesamtkosten erheblich reduzieren. Die Einsicht der Nutzer und das verantwortungsbewusste Umsetzen bestehender Müllkonzepte spielen dabei eine wichtige Rolle. Der Anteil solcher einsichtiger Nutzer kann auf etwa 80 Prozent geschätzt werden.

Reduzierung der Müllkosten

Eine wünschenswerte Senkung der Müllkosten könnte im Einzelnen durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- haushaltsnaher Standort in der unmittelbaren Nähe des Gebäudes
- Zuordnung von einer überschaubaren Anzahl von Wohnungen; optimal sind 10 bis 20 Wohneinheiten pro Müllplatz
- attraktives, modernes Design der Steinschränke, die in ihrer Konstruktion und Erscheinungsweise verantwortungsbewusstes Entsorgen erleichtern.

So erhöhen die SILENT 1001-Steinschränke mit ihren hochwertigen und ästhetisch ansprechenden Steinaußenflächen, in diversen Strukturen mit den Duplexpulverbeschichteten Stahlrohren mit Noppendesign, die in vielen Farben lieferbar sind, sichtbar auch den Wert des Hausumfeldes.

Alle 2- und 4-Rad Abfallbehälter von 240 bis 1.100 Liter können verwendet werden und sind somit auch bei künftigen Veränderungen der Behältergrößen die geeignete Lösung. Bei einer Veränderung der Standplätze durch eine größere Zahl an Abfallbehältern bleiben die neuen Schränke immer einsatzbereit: Mit geringem Aufwand können die Plätze entsprechend schnell und kostengünstig umgebaut werden. □

2. Bayerische Immissionsschutztag:

Luftreinhaltung und Lärmschutz

Zum zweiten Mal veranstaltete das Augsburgere Kompetenzzentrum KUMAS im Bayerischen Landesamt für Umwelt die Bayerischen Immissionsschutztag. Diente die im Jahr 2009 erfolgreich gestartete Veranstaltungsreihe dem Austausch über neue Entwicklungen sowie der Diskussion aktueller Probleme des Vollzugs des Immissionsschutzrechtes, standen dieses Mal die Bereiche Luftreinhaltung, Lärmschutz, effiziente Energienutzung sowie Stoffeinträge in Boden und Wasser auf der Tagesordnung.

Die Vorträge des ersten Tages zeigten den rund 160 Teilnehmern neue Entwicklungen im Bereich der Energieversorgung und des Klimaschutzes auf. Vorgelegt wurden die neue Richtlinie über Industrieemissionen sowie aktuelle Fragen aus dem Emissionshandelsrecht. In einem anderen thematischen Schwerpunkt erörterten die Referenten Fragen der Genehmigung und des Betriebes von Biogasanlagen.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit der Fragestellung „Welche verbindlichen Vorgaben kann und muss die Bauleitplanung für immissionsschutzrechtliche Anlagen machen?“ wurden unter der Moderation von Professorin Dr. Andrea Versteyl (Redakteur Rechtsanwältin) in einer Expertenrunde mit Stefan Kraus (Oberste Baubehörde), Dr. Nikolaus Birkel (Meidert & Kollegen Rae) und Jörg Schröder (Regierung von Schwaben) die unterschiedlichsten Standpunkte zu den Themen diskutiert. Eine Foyerausstellung informierte zudem über neue Produkte und Dienstleistungen verschiedener Unternehmen und Einrichtungen.

Fragen der Energienutzung

Im Mittelpunkt des zweiten Tages standen Fragen der effizienten Energienutzung sowie der Schallkontingenzierung in Gewerbe- und Industriegebieten. Ein Vortrag befasste sich mit der Ermittlung und Bewertung von Lösemittelmissionen nach der 31. Bundesimmissionsschutzverordnung. Zudem umfasste Tag 2 einige Referate zum Thema Stoffeinträge in Boden und Wasser: Vertreter des Bundesumweltministeriums stellten die neue Grundwasserordnung des Bundes und die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes vor. Zur Beurteilung von Stoffeinträgen in Natura-2000-Gebieten lagen diverse Leitfäden vor. Die bundesweite und insbesondere die bayerische Praxis und Herangehensweise wurden in zwei weiteren Vorträgen behandelt.

Mit dem jetzigen Stand des

Immissionsschutzes in Deutschland könne man noch nicht zufrieden sein, betonte Professor Dr. Ing. Albert Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamts für Umwelt. Bayern sei in Deutschland das Fremdenverkehrsland Nummer 1, aber die Luftqualität im Freistaat könne gerade einmal mit der Note „befriedigend“ bewertet werden. Der Grund: Autos und Rinder produzierten zu viele Schadstoffe. Zum einen sind es die Stickstoffoxide, zum anderen ist es das Ammoniak. Beide Gase sind in hohen Konzentrationen gesundheitsschädlich. Vom kommenden Jahr an werden für diese Stoffe die von der EU festgesetzten Grenzwerte verbindlich. Aber schon heute steht fest, dass Deutschland sie nicht wird einhalten können und damit ein Vertragsverletzungsverfahren droht.

Leise Geräte erforderlich

Göttle wartete mit einer weiteren Einschätzung auf: „Wer mit der Wärme der Außenluft heizen will, muss hinreichend leise Geräte verwenden.“ Luft-Wärmepumpen, die im Vorgarten Lärm ansaugen, seien teilweise so laut wie ein Staubsauger (bis zu 70 Dezibel). Für eine ungestörte Nachtruhe sei das zweifellos zu viel, denn schon eine einzige Anlage könne in zehn Metern Entfernung zu einer Überschreitung des Richtwertes der TA Lärm für ruhige Wohngebiete führen. Liefern mehrere dieser Luftansauger in unmittelbarer Nachbarschaft nebeneinander, steige der Lärmpegel sogar noch weiter an.

Der LfU-Präsident wies daher auch auf vorhandene Lösungsmöglichkeiten hin: Beispielsweise seien bereits einzelne „Flüster“-Modelle auf dem Markt, die dank Schalldämpfer oder optimierter Ansaugvorrichtung mit einem Schallleistungspegel von höchstens 50 Dezibel nur etwa ein Viertel des empfundenen Lärms im Vergleich zu herkömmlichen Modellen erzeugen. Göttle abschließende Bewertung: „Klimaschutz und Lärmschutz gehören zusammen.“ DK

Zwischen Gundelfingen und Lauingen:

Vorzeigeprojekt Recyclinghof

Weitblick und beispielgebende Zusammenarbeit bewiesen die beiden im Landkreis Dillingen gelegenen Städte Gundelfingen und Lauingen. Seit kurzem können sie auf einen der modernsten Recyclinghöfe im weiten Umkreis verweisen. Auch im angrenzenden Nachbarland Baden-Württemberg findet sich nichts Vergleichbares.

Knapp 1,5 Millionen investierte der Nordschwäbische Abfallwirtschaftsverband (AWV) in dieses Vorzeigeprojekt, das kürzlich von MdL Prof. Dr. Georg Barfuß und einigen Interessierten in Augenschein genommen wurde.

Wie zu hören war, hat man sich um den VKS-Creativpreis 2010 beworben. Wie moderne Abfallentsorgung funktioniert, kann man auf diesem verkehrsgünstig gelegenen Areal übersichtlich betrachten. Der frühere Bürgermeister von Lauingen und aktive, langjährige Verbandsrat des AWV, Georg Barfuß, war unbestrittener Ideengeber im Zusammenwirken mit dem rührigen Werkleiter Gerhard Wiedemann.

Das Nordschwäbische Abfallwirtschaftskonzept bietet ein umfassendes Netz von 44 Recyclinghöfen mit über 330 Containerstationen und 80 Grünsammelplätzen. Bereits fünf Recyclinghöfe bzw. Einrichtungen des AWV sind mit Solaranlagen bestückt, wofür vor fünf Jahren eigens eine AWV-Service GmbH gegründet wurde. Hier kommen eine mobile Schadstoffsammlung, eine leistungsfähige Deponie sowie ein bequemeres und flexibles Holsystem für Restmüll, Bioabfall, Papier und Verpackungen.

Versuche laufen im Bereich der energetischen Nutzung der Bio- und Grüngutabfälle, auch am neuen Hof. Aus dem ganzjährigen Grüngutabfall soll in „Eigenregie“ wertvoller Kompost gemacht und preiswert wieder an die Bürger abgegeben werden.

Den Benutzern am neuen Hof will die Verwaltung mit Kreativität und frischen Ideen die Themen „Verwenden von Altmaterialien“ und „Recycling“ nahebringen. Außerdem sollen Kunden sich am Hof leicht zurechtfinden und zügig abgefertigt werden können.

Neu ist die Wertstofftheke, eine

kundenorientierte, übersichtliche und ansprechende Sammeltheke für Materialien wie CDs und DVDs, Batterien, Energiesparlampen, Handys, Tonerkartuschen, Altkleider und Altschuhe. Die mobilen Rollcontainer sind modular erweiterbar. Anhand ansprechender Symbole können sich Kunden schnell orientieren.

Schatzkiste

Damit wird für das Verwenden von Altmaterialien Werbung gemacht. Hierbei wird mit sozialen Einrichtungen wie der Caritas kooperiert. In einem Schaufensterkasten (Schatzkiste), der am Recyclinghof aufgestellt wird, stellen die Betreiber beispielhaft Mobiliar, Elektrogeräte, Porzellan sowie Bücher aus. Anschauliche Tafeln zeigen, dass solche Gegenstände am Recyclinghof gesammelt werden und im ortsnahen Gebrauchwarenkaufhaus für Menschen mit kleinem Geldbeutel erhältlich sind.

Grosse Werbeflächen an der Einfriedung bzw. Abgrenzung weisen bereits von Weitem darauf hin, dass sortiert wird, um Wertstoffe in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen.

Die Zahlen aus den Geschäftsberichten der vergangenen zehn Jahre belegen eine beeindruckende Wirtschaftlichkeit; die Müllgebühren konnten in den letzten Jahren um ca. 30 Prozent gesenkt werden und rufen angesichts des gebotenen Services seit Jahren keine Bürgerproteste mehr hervor. Unverändert gilt die Devise: „Als Dienstleister, für die Bürger, den anderen einen Schritt voraus. So verstehen vor allem die beiden Vorsitzenden, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) und Leo Schrell (Dillingen) ihren Einsatz für bessere Konzepte für die Abfallwirtschaft bzw. den Umweltschutz. h.e.

Landesgartenschau in Rosenheim:

Fünfmonatige „Innspiration“

Auf Brücken und Stegen zu blühenden Feldern, fantasievollen Gärten und weitläufigen Flusslandschaften. Drei Jahreszeiten und fünf Monate im Zeichen von Wasser, Holz, Feuer, Erde und Metall. Faszination der Natur, Spiel und Spaß, Entspannung und Unterhaltung – das und noch viel mehr ist „Innspiration“, die Landesgartenschau Rosenheim 2010, die noch bis 3. Oktober ihre Pforten geöffnet hält.

Rosenheim hat sich viel einfallen lassen für das große Gartenfest an Mangfall und Inn. Natürlich spielt bei so viel Wasser in der Stadt das nasse Element eine große Rolle. Und dass in der Holzstadt der Werkstoff aus der Natur in besonderem Maß zu Ehren kommt, versteht sich ebenfalls von selbst. Überwältigend ist, mit welchem Ideenreichtum daraus ein überaus spannendes Angebot für alle Altersgruppen entstand.

Gartendetails

Auf einem vier Kilometer langen Rundweg können Besucher die Gartenschau und die historische Altstadt erkunden. Angefangen am gärtnerischen Ausstellungszentrum am Mühlbachbogen präsentiert sich die Gartenschau vom „Blütenwirbel“ mit etwa 3400 m² Frühjahr- und Sommerblumen. Japanische Ahornsorten und Rosen in allen Variationen erwarten die Besucher bereits am Eingangsbereich. Unter dem Motto „Holz und Wasser im Garten“ zeigen die Landschaftsgärtner eindrucksvolle Gartendetails mit kreativen Ideen auch für Zuhause. Aber auch Bestattungsformen

verschiedener Kulturen und neue Ideen christlicher Grabgestaltung werden hier vorgestellt.

Floristische Kunstwerke

In der Blumenhalle werden floristische Kunstwerke zur Schau geboten. Etwa 15 verschiedene Ausstellungen - vom Frühlingserwachen bis zum Rosentraum - werden von den bayerischen Floristen inspirierend arrangiert. Im Mangfallpark führt der Rundweg vorbei an fantasievollen Staudenpflanzungen. Wolken- Farn- und Gigantengärten, aber auch Picknickwiesen und Ruhebänke laden zum Verweilen am Flussufer ein. Der Come-Inn-Jugendtreff bietet allerlei Action und Spaß für Jugendliche und am Weißhäupl-Beach ist das „Chillen“ erlaubt.

Bambushaus

Eine Rundfahrt in der historischen Platte bietet eine Inn-Erlebnis mit Zwischenstopp am Inn-Museum und in der Hofau-Stephanskirchen. Wer Ruhe sucht, findet sie im Bambushaus oder in der Arche. Tierisches kann man beim Bund Naturschutz und Landesbund für Vogelschutz erleben. Für



Tag der oberbayerischen Musikschulen: Der Kinderchor und das Drachenorchester der Stadt- und Musikschule Kolbermoor vor der Kletterskulptur der Landesgartenschau in Rosenheim. □

Fragen rund um die Pflanzenpflege stehen täglich Gärtner und die Profis der gärtnerischen Verbände zur Verfügung.

Bei der Eröffnung der Landesgartenschau bezeichnete Ministerpräsident Horst Seehofer diese als wichtigen Baustein einer modernen Tourismusstrategie für die Region. Er zeigte sich überzeugt, dass die Region von dem Gartenfest unter dem kreativen Motto „Innspiration“ weit über den Tag hinaus profitieren werde. Die Bayerische Staatsregierung hat nach den Worten Seehofers mit insgesamt rund 5,6 Millionen Euro das Rosenheimer Garten-Großereignis unterstützt. Es zeige sich einmal mehr, dass sich diese Investitionen lohnen.

Seehofer würdigte zudem die hervorragende Arbeit der bayerischen Gärtnerinnen und Gärtner: „Eine Landesgartenschau wie die in Rosenheim zeigt eindrucksvoll, was das Gärtnerhandwerk gemein-

sam mit dem Garten- und Landschaftsbau zu bieten hat. Umfangreiche Sortimente, hohe Qualität, marktnahe Erzeugung und vor allem umweltschonende Produktion sind die Markenzeichen der bayerischen Gartenbaubetriebe“, so der Ministerpräsident.

Tourismusmagnet

Umweltminister Söder betonte, dass Gartenschauen viel mehr seien, als reine Blumenschauen. „Ihr Wert für Mensch und Natur bleibt dauerhaft erhalten. Als touristischer Anziehungspunkt im Voralpenland habe die Landesgartenschau in Rosenheim auch viele positive Effekte auf Handel, Gastronomie und Gewerbe in der Region. Außerdem mache die in Bayern einmalige Integration des Hochwasserschutzes in das Gartenschauengelände die Flusslandschaft an Inn und Mangfall wieder erfahrbar.“ DK

Eröffnung in Nürnberg:

Haus der Forschung

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat gemeinsam mit Wirtschaftsminister Martin Zeil und Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch in Nürnberg den Startschuss für das „Haus der Forschung“ gegeben. Seehofer bewertete das neue „Haus der Forschung“ als kräftiges Signal für den Forschungsraum Bayern und die Wirtschafts- und Wissenschaftsmetropole Nürnberg. Seehofer: „Vom ‚Haus der Forschung‘ werden wichtige Impulse für die bayerische Innovations- und Technologiepolitik ausgehen.“

Seehofer, Zeil und Heubisch betonten: „Mit dem ‚Haus der Forschung‘ in Nürnberg und einer Dependence in München schaffen wir zwei bayernweit sichtbare Anlaufstellen für alle Fragen zur Technologie- und EU-Forschungsförderung. Damit werden wir in Zukunft noch erfolgreicher und zielgenauer Forschungsfördermittel von Bund und EU für unsere Unternehmen und Hochschulen einwerben.“

Das Bayerische Kabinett hat im Rahmen des Strukturprogramms Nürnberg-Fürth ein Zukunftskonzept für das Haus der Forschung mit Hauptsitz in Nürnberg beschlossen und festgelegt, dass dafür in Nürnberg 84 und in München im Endausbau knapp 40 hochqualifizierte Spezialisten beschäftigt werden. Sie sollen mittelständische Unternehmen und bayerische Hochschulen umfassend, qualifiziert und unbürokratisch über Fördermöglichkeiten beraten und bei EU-Förderanträgen begleiten. Der Freistaat wird dafür in den ersten fünf Jahren 20 Millionen Euro investieren.

Starker Standort

Wirtschaftsminister Zeil erklärte: „Bayern ist einer der attraktivsten, innovativsten und leistungsstärksten Industriestandorte in Europa. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der gesamten Wirtschaft im Freistaat weiter stärken. Dazu haben wir das ‚Haus der Forschung‘ konzipiert.“ Forschung und Innovation habe für die Staatsregierung gerade in der aktuellen Wirtschaftslage Top-Priorität. „Mit dem ‚Haus der Forschung‘ stärken wir die Expertise bei der Technologieförderung und erhöhen die Schlagzahl bei der Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe in Bayern.“, so Zeil.

Wissenschaftsminister Heubisch betonte: „Die bayerischen Hochschulen waren in den vergangenen Jahren bei der Beteiligung an EU-Förderprojekten sehr erfolgreich und haben erhebliche Fördermittel eingeworben. Sie haben erkannt, dass EU-Projekte große Chancen eröffnen, die genutzt werden wollen. Gerade im Hinblick auf das kommende 8. Forschungsrahmen-

programm möchten wir die Stellung der bayerischen Hochschulen im europäischen Wettbewerb mit dem ‚Haus der Forschung‘ zusätzlich stärken und sie bei ihren Anträgen auf EU-Fördermittel nachhaltig unterstützen.“

Im ‚Haus der Forschung‘ arbeiten die Bayern Innovativ GmbH, die BayFOR GmbH, die bisherigen Innovationsberatungsstellen Nordbayern und Südbayern im Innovations- und Technologiezentrum Bayern sowie die Bayerische Forschungsstiftung als Kooperationspartner unter einem Dach eng zusammen. Prof. Harun Parlar als Geschäftsführer der BayFOR GmbH bekräftigte: „Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit allen Partnern im Haus der Forschung. Mit einer verstärkten Mannschaft werden wir die bestehenden Kooperationen intensivieren und unsere Beratungsaktivitäten erweitern.“ □

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohring

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Historische Wirtschafts-Allianz

„Nahtstelle Europas“

Es ist ein Brückenschlag von historischer Tragweite: Gut zwei Jahrzehnte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs haben die Wirtschaftsorganisationen im Dreiländereck Bayern-Böhmen-Österreich beschlossen, ihren Weg in die Zukunft gemeinsam zu gehen. Die Spitzen von elf Wirtschafts- und Handwerkskammern aus den drei Ländern unterzeichneten kürzlich an der deutsch-tschechischen Grenze in Furth im Wald ein umfassendes Kooperationsabkommen für die nächsten Jahre. Das Ziel: ein grenzüberschreitender Wirtschaftsraum, der in der „Champions League“ der europäischen Regionen spielt.

Das Potenzial zum Aufstieg in die Elite der Top-Wirtschaftsstandorte hat der Wirtschaftsraum: Zusammen genommen erreicht das Gebiet, das auf deutscher Seite die bayerischen Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern, auf tschechischer Seite die Regionen Karlsbad, Budweis und Pilsen sowie das Land Oberösterreich umfasst, bereits heute eine Wirtschaftsleistung von rund 150 Milliarden Euro jährlich – Dimensionen, die etwa die selbständigen EU-Länder Irland, Finnland und Portugal erreichen. Rund sechs Millionen Menschen leben in der Dreiländer-Region. Zum Vergleich: Auch das würde zu einem Platz im guten Mittelfeld aller EU-Staaten reichen.

Einstiger „Zonenrand“

Bereits seit dem Fall der Grenzen 1989/90 kooperieren die Wirtschaftskammern in dem Dreiländereck am einstigen „Zonenrand“, mit dem jetzt unterzeichneten Abkommen soll die Zusammenarbeit allerdings eine neue Dimension erreichen. „Wir wollen Egoismen über Bord werfen und gemeinsam für unsere Region kämpfen“, sagten Dr. Jürgen Helmes und Walter Keilbarth, die Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammern Regensburg und Passau, nach der Unterschrift unter das gemeinsame Abschlussdoku-

ment. Beide betonten, Ostbayern habe von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und dem EU-Beitritt Tschechiens in den vergangenen Jahren enorm profitiert. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte in Niederbayern und der Oberpfalz derzeit mit 3,7 bzw. 4,0 Prozent zum Teil historische Tiefstwerte.

Turbo für Entwicklung

Das Positionspapier skizziert auf zehn Seiten, wie die Wirtschaftsorganisationen den Turbo für die Weiterentwicklung der Region zünden wollen: Gemeinsam wollen die Kammern bei der Politik in den drei Ländern und bei der EU dafür kämpfen, dass auch zukünftig Gelder aus Brüssel fließen. Der Zeitpunkt für die Unterschrift unter das Kooperationswerk war daher bewusst gewählt: Ab 2014 beginnt die neue Förderperiode, über deren Ausgestaltung in den nächsten Monaten diskutiert wird.

Beginn einer engen Zusammenarbeit

Die Wirtschafts-Allianz sehen die Vertreter der bayerischen Wirtschaftskammern auch als Signal an die Politik in München und vor Ort: „Wir wollen die politischen Diskussionen um die Gründung einer Europaregion Ostbayern-Südwestböhmen-Oberösterreich beflügeln und mit unseren Ideen



Spitzenvertreter von elf bayerischen, böhmischen und oberösterreichischen Wirtschaftskammern legen den Grundstein für eine historische Allianz. Auf bayerischer Seite gehören die Industrie- und Handelskammern Bayreuth, Coburg, Niederbayern und Passau sowie die Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz zu den Unterzeichnern des Kooperationspapiers. Foto: obx-news/Staedele

Kommunalwahlen in Bayern

In Kronach, Kelheim und Cham sind die Landräte neu gewählt worden. Im Kreis Kronach verteidigte die SPD den Landratsposten. Amtsinhaber Oswald Marr kam auf 66,17 Prozent. Der 62-Jährige ist seit zwölf Jahren im Amt. Für seinen Herausforderer, Jens Korn (CSU), stimmten 33,83 Prozent.

In Kelheim wurde Amtsinhaber Hubert Faltermeyer von den Freien Wählern mit 52,17 Prozent der Stimmen bestätigt. Seine Konkurrenten Martin Neumeyer (CSU) und Peter-Michael Schmalz (ÖDP) kamen auf rund 36,97 bzw. 10,86 Prozent.

In Cham musste ein Nachfolger für den CSU-Politiker Theo Zellner bestimmt werden, der zum Chef des Sparkassenverbands gewählt wurde. Hier kommt es in zwei Wochen zu einer Stichwahl zwischen Franz Löffler (CSU), der 40,10 Prozent der Stimmen errang und Max Schmadecker von den Freien Wählern, der 27,40 Prozent auf sich vereinen konnte.

Bei der OB-Wahl in Memmingen ist der langjährige Rathauschef Ivo Holzinger trotz fünf

Gegenkandidaten im ersten Wahlgang wieder gewählt worden. Auf den seit 30 Jahren amtierenden SPD-Kommunalpolitiker entfielen 52,5 Prozent der Stimmen. Die zweite Bürgermeisterin Claudia Knoll (CSU) kam auf 17,4 Prozent. Für den ÖDP-Kandidaten Dieter Buchberger votierten 19,9 Prozent, für den Parteilosen Peter Stütz 5,2 Prozent, für FDP-Stadtrat Albert Schweizer 3,8 Prozent und für die Grünen-Kandidatin Annette Neulist 1,3 Prozent.

Im oberbayerischen Kreuth wurde der einzige Bewerber, Amtsinhaber Josef Bierschneider (CSU), mit 97,4 Prozent bestätigt. In Kettershausen/Unterallgäu fiel noch keine Entscheidung. Hier kommt es zur Stichwahl zwischen Waltraud Hertnagel und Gabriele Janowsky. Beide gehören unabhängigen Wählervereinigungen an.

Auch in der Gemeinde Türkheim im Unterallgäu muss eine Stichwahl entscheiden. CSU-Kandidat Sebastian Seemüller erreichte mit 35,6 Prozent das beste Ergebnis. Zur Stichwahl tritt SPD-Kandidatin Agnes Sell (26 Prozent) an. DK

unterstützen“, sagte Toni Hinterdobler, der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz (HWKNO).

Den Wirtschaftskammern, das betonten Vertreter aller drei Länder, geht es aber um mehr als um die Erschließung von Fördertöpfen in Brüssel. In vielen Berei-

chen soll die Konferenz der Beginn einer engeren Zusammenarbeit sein, unter anderem bei Infrastrukturprojekten, bei der grenzüberschreitenden Aus- und Weiterbildung sowie der Förderung von Netzwerken und Innovationen. Nicht zuletzt hat die neu gegründete Allianz für viele auch eine

emotionale Komponente: „Für jemanden wie mich, der in der Nähe des Eisernen Vorhangs groß geworden ist, hat der heutige Tag historische Bedeutung“, sagte Albert Vetterl, Vizepräsident der HWKNO. „Noch vor 25 Jahren wäre das völlig unmöglich und undenkbar gewesen.“ □

Gemeinsamer Aufruf:

„Rettet die Kommunen – Da sein für Nürnberg“

„Rettet unsere Kommunen – Für den Erhalt kommunaler Selbstverwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge“ lautet der Titel einer gemeinsamen Erklärung, die Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly für die Stadt Nürnberg, der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Hans Mimler und der Vertreter der Gewerkschaft ver.di, Jürgen Göppner, unterzeichnet haben. Mit gemeinsamen Aktionen wollen sie an die Öffentlichkeit gehen, an die Landes- und Bundesregierung herantreten und ein lokales Bündnis – „Rettet die Kommunen – Da sein für Nürnberg“ – zusammen mit Parteien, Kirchen, Organisationen und Verbänden eingehen, um für ihre Forderungen aktiv einzutreten.

Wie der Erklärung zu entnehmen ist, gefährden die seit Jahren strukturelle Unterfinanzierung der Kommunalhaushalte sowie die aktuellen Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die kommunale Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge. Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland stünden in der größten Finanzkrise der Nachkriegsgeschichte. Nach einem Defizit von 7,1 Mrd. Euro im Jahr 2009 drohe 2010 ein Rekorddefizit von 15 Mrd. Euro.

Betroffene Städte

2010 werden die kommunalen Gebietskörperschaften über fast 15 % weniger Einnahmen

verfügen als 2008. Die Steuerschätzung von Mai 2010 erkläre die Städte zu den großen Verlierern: Sie seien im Vergleich zu ihrem Anteil am Steuertopf überproportional von den Mindereinnahmen betroffen und würden sich auch später als Bund und Länder erholen.

Einnahmeproblem

Allein die Stadt Nürnberg habe in den nächsten vier Jahren Steuermindereinnahmen in Höhe von 180 Mio. Euro zu erwarten. „Das sind 10 neue Schulen oder 50 Kindertagesstätten.“ Diese Zahlen machten deutlich, „dass die Kommunen, dass die Stadt Nürnberg, kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem

haben“. Verstärkt werde diese Situation vor allem durch die Zunahme gesetzlicher Aufgabenzuweisungen durch Bund und Länder, durch steigende Qualitätsanforderungen, ohne dass dabei den Kommunen die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Plädoyer für stabile Kommunalfinanzen

„Wir brauchen dringend eine angemessene Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen. Wichtige und gesellschaftlich notwendige Investitionen in Bildung, Umwelt, Integration, soziale Sicherung und öffentliche Infrastruktur müssen getätigt werden. Stabile Kommunalfinanzen stabilisieren das Vertrauen in Staat und Gesellschaft und sind das beste Konjunkturpaket“, so das Papier. Die Stadt Nürnberg halte an geplanten Investitionen (Sanierung von Schulen, Ausbau der Kindertagesstätten) fest und versuche hier entscheidende Impulse zu setzen.

Vorbildfunktion

Investitionen sollten auch zukünftig vor allem dort stattfinden, wo sie unmittelbar den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen. Öffentliche Verwaltungen und Betriebe als kommunale Arbeitgeber hätten gerade in Krisenzeiten durch gute Arbeits- und Einkommensbedingungen eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Dazu gehöre auch ein klares Bekenntnis zur öffentlich-rechtlichen Aufgabewahrnehmung, der „Urform“ kommunalen Handelns.

Notwendige Organisationsänderungen sollten auch in Zukunft ohne Privatisierung stattfinden. Dies sei auch einer der Eckpunkte in der seit Anfang der 90er Jahre geltenden Rahmenvereinbarung zur Haushaltskonsolidierung und Weiterentwicklung der Nürnberger Stadtverwaltung. Dazu gehöre auch, den Mitarbeitern über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen eine Beschäftigungsgarantie zu sichern.

Forderungen

All dies sei aber nur möglich, „wenn den Kommunen dafür ausreichende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden“, so die Unterzeichner. Im Einzelnen plädieren sie für:

- eine Wirtschafts- und Steuerpolitik, die nicht vorrangig an privater Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, sondern an der Frage ihres Nutzens für unsere Gesellschaft und deren Menschen
- den Erhalt und Ausbau der Gewerbesteuer
- ein finanziell unterlegtes Bekenntnis des Bundes, dass es sich bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt
- die Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs verbunden mit einer Finanzausgleichsabgabe zugunsten finanzschwacher Kommunen
- die Einführung eines Infrastrukturansatzes und Reduzierung des Einwohner bezogenen Hauptansatzes sowie
- die Einhaltung eines strengen Konnexitätsprinzips: Keine weitere Kommunalisierung staatlicher Aufgaben zu Lasten der Kommunen ohne entsprechende Finanzausstattung. DK



Das Fayencen-Museum im Schloss Höchstädt ist neu eröffnet worden. Das derzeit wichtigste Projekt der Bayerischen Schlösserverwaltung ist weltweit einzigartig. Mit der Eröffnung der Dauerausstellung wurde der Ausbau des Schlosses (Aufwand: 29 Mio. Euro) abgeschlossen. Unser Bild zeigt von links: Bezirkstagsvizepräsident Alfons Weber, die Höchststädter Bürgermeisterin Hildegard Wanner, Landrat Leo Schrell, Finanzminister Georg Fahrenschon, MdL Georg Winter, Prinz Ludwig von Bayern und Friederike Ulrichs, Bayerische Schlösserverwaltung. Text und Bild: -jdt-



Unterfränkische Kulturtage in Gerolzhofen

Unter dem Motto „Junges Leben in alten Gemäuern“ wird bei den Unterfränkischen Kulturtagen in Gerolzhofen vom 8. bis 17. Oktober 2010 ein abwechslungsreiches Programm geboten: So gibt es unter anderem Musik- und Theateraufführungen, Vorträge, Podiumsdiskussionen, Führungen, Ausstellungen und Workshops.

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel (l.), Landrat Harald Leitherer (Landkreis Schweinfurt) und Gerolzhofens Bürgermeisterin Irmgard Krammer stellen jetzt das Programm kurz vor. „Insgesamt werden über 40 Programmpunkte angeboten“, berichtete Leitherer, „dabei bieten sich auch viele Möglichkeiten zum Mitmachen“, u. a. bei Arbeitsgruppen zur Erstellung von Ortschroniken oder beim Kleinkunsttag für Jung und Alt mit Theater- und Clown-Workshops. Bezirkstagspräsident Dotzel hob u. a. auch die Exkursion und den Vortrag über die Geschichte des jüdischen Lebens in Gerolzhofen hervor.

Die Unterfränkischen Kulturtage tragen seit über zwei Jahrzehnten dazu bei, das kulturelle Leben von Bezirk, Landkreisen und Kommunen zu fördern. Das Programm ist ab Ende Juli unter www.unterfrankische-kulturtage.de einsehbar. □

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„So, nun ist wenigstens entschieden und wir wissen, woran wir sind – jetzt gibt es hoffentlich kein ‚Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln‘ mehr.“ Mein Chef, der Bürgermeister, nahm das Ergebnis des Raucher-Volksentscheids mit Befriedigung zur Kenntnis. Zwar ist er kein großer Verbieter und Regulierer, weshalb er die nunmehr endgültige Festlegung mit klarer Kante nicht für optimal hält. Mal sehen, wie wir die Vollzugsprobleme lösen werden. Vor allem die nötigen Rauch-Razzien in Bierzelten werden noch für Spannung sorgen.

Ein großes Verdienst haben die Initiatorinnen und Initiatoren des Volksbegehrens für einen strengen Nichttraucherschutz allerdings: Aus diesem emotionalen und kontroversen Thema war plötzlich die parteipolitische Luft raus. Die Leute haben eine – wenn auch hoch ideologi-

Plädoyer für mehr direkte Demokratie?

sierte Frage – rein nach ihren Präferenzen in der Sache entschieden und nicht entlang von Parteipräferenzen oder Wahldenkbildern.

Ein Plädoyer für mehr direkte Demokratie also? Vorschläge, unsere grundsätzlich repräsentative, auf parlamentarische Entscheidungen basierende Verfassung, die uns 60 Jahre Stabilität und Fortschritt gebracht hat, „basisdemokratischer“ zu machen, gibt es reichlich. Da werden Volksbegehren im Bund gefordert, Volksentscheide zu EU-Fragen, jüngst erst kam wieder die alte Forderung nach der Direktwahl des Bundespräsidenten auf und auch der Kernbereich der staatsbürgerlichen Souveränität ist bei uns nicht mehr tabu – einige wollen alle Ausländer, also auch Nicht-EU-Bürger, zu Kommunalwahlen und Bürgerentscheiden zulassen.

Klar, so ein Volksentscheid hat seine Vorteile. Vor allem für Politiker, die sich vor der Verantwortung drücken wollen. Im Ernst: Wir haben in Bayern mit der Einführung des Bürgerentscheids gesehen, dass solche Abstimmungen bei Fragen sehr sinnvoll sind, die konkrete Entscheidungen zwischen zwei oder mehreren grundsätzlich sinnvollen Lösungsvarianten erlauben und die alle Abstimmenden nahezu gleich betreffen.

Unfug sind Bürger- oder Volksentscheide, wenn es rein ums Verhindern geht. Der Mensch neigt zum Nein, wenn er die Folgen einer Entscheidung nicht abschätzen kann oder mag. Vor allem scheut er generell Veränderungen. Im Hier und Jetzt zufrieden, sieht er oft keine Notwendigkeit, für die Zukunft Vorsorge zu treiben. Wenn eine Stadt sich einen Bürgerentscheid einhandelt, ob (ja oder nein) eine Infrastruktureinrichtung, die Verkehr anzieht, Flächen versiegelt oder sonst unschöne, aber unvermeidbare Folgen zeitigt, in einem bevölkerungsreichen Viertel oder der Innenstadt errichtet werden soll, dann kann man schon von einem Flop ausgehen.

Das Grundkonzept der repräsentativen Demokratie sieht anders aus, weil es um diese Schwäche weiß: Die Bürger wählen in regelmäßigen Abständen diejenigen unter ihnen aus, die anstehende Entscheidungen für das Gemeinwesen nicht aus der eigenen Betroffenheit heraus fällen, sondern nach sorgfältiger Abwägung im Lichte des für das Ganze besten. Mit Volksentscheiden im Bund wären wir heute nicht in der NATO und es hätte weder die deutsch-deutsche noch die europäische Währungsunion gegeben. Alle diese wichtigen und richtigen Entscheidungen waren zum Zeitpunkt, da sie getroffen werden mussten, extrem unpopulär. Und wie es in EU-Fragen gehen kann, zeigt doch Irland: Die grundsätzlich europafreundlichen Iren lehnen den Vertrag von Lissabon ab, weil sie ihrer Regierung eins auswischen wollen, erschrecken, weil sie als einziges Land den europäischen Geleitzug aufhalten und stimmen dann ein Jahr später nochmals positiv ab. Brauchen wir einen solchen Zirkus bei uns?

Mein Chef, der Bürgermeister, weiß: Wer entscheidet, bekommt dafür Prügel – entweder von der einen oder der anderen Seite. Wichtig ist, dass er Entscheidungen vor sich wie vor den Bürgern verantworten kann und sie dem Wohl aller dienen. Er will es nicht machen, wie es der frühere Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel auf dem heutigen Kalenderblatt ironisch beschreibt: „Die Kunst der Politik besteht häufig darin, heiße Eisen mit fremden Fingern anzufassen.“

the
Sabriul

Selbsthilfegewisser für den Landkreis Miltenberg:

Unentbehrlicher Ratgeber für Hilfesuchende

60 Seiten dick, gespickt mit Informationen über alle Selbsthilfegruppen im Landkreis Miltenberg: Der Selbsthilfegewisser für den Landkreis ist auch in seiner sechsten Auflage ein unentbehrlicher Ratgeber für alle, die Unterstützung suchen. Inzwischen über 25.000 Mal verteilt, ist das Werk des Arbeitskreises „Selbsthilfe und Gesundheit“ mittlerweile „eine Erfolgsnummer ohnegleichen“, wie Landrat Roland Schwing bei der öffentlichen Vorstellung des Wegweisers im Foyer des Landratsamtes sagte.

Auch die neue Auflage, so der Landrat, sei wieder hervorragend gelungen. „Äußerst informativ und übersichtlich gestaltet“ sei das Werk, lobte Schwing. Darüber hinaus könne es zu fast jedem gesundheitlichen oder sozialen Thema eine Selbsthilfegruppe, eine Kontaktperson oder eine Beratungsstelle nennen. Schwing stellte die ehrenamtliche Arbeit aller heraus, die sich in den über 60 Selbsthilfegruppen einsetzen und im Arbeitskreis „Selbsthilfe und Gesundheit“ aktiv mitarbeiten. Stellvertretend nannte er Jessica Wolf und Matthias Grimm, die beiden Sprecher des Arbeitskreises.

Sparkasse als verlässlicher Partner

An der Erstellung des Wegweisers seien aber auch die Fachkraft für Gesundheits- und Selbsthilfeförderung am Landratsamt, Susanne Hembt, sowie Sybille Karas aus der Abteilung „Grafik und Design“ maßgeblich beteiligt. Ein großes Dankeschön richtete

der Landrat an den Vertreter der Sparkasse Miltenberg-Obernburg, Theo Schäfer. Die Sparkasse sei stets ein verlässlicher Partner der Selbsthilfefarbeit, lobte Schwing. Die gemeinnützige Stiftung des Bankinstituts habe auch diese Auflage des Selbsthilfegewissers großzügig finanziell unterstützt.

Jubiläum

Schwing wies auch darauf hin, dass in diesem Jahr sowohl der Arbeitskreis „Selbsthilfe und Gesundheit“ als auch die Selbsthilfeunterstützungsstelle im Landratsamt ihr 15-jähriges Bestehen feiern. Die im Foyer des Landratsamtes aufgebauten Wanderausstellung des Arbeitskreises sowie die Internet-Version des Selbsthilfegewissers begingen zehnjähriges Jubiläum.

Hohe Anerkennung

Für die Sparkasse Miltenberg-Obernburg stellte Theo Schäfer heraus, wie wichtig die Broschüre

sei. Gegenseitiger Austausch, das Zusprechen von Mut, Tipps und die Gewissheit, nicht allein zu sein – all dies erfahre man in einer Selbsthilfegruppe. Doch Betroffene müssten erst einmal informiert werden, dass es eine passende Selbsthilfegruppe gibt, sagte Schäfer, und deshalb habe die Sparkasse die Erstellung des Wegweisers gerne unterstützt. Das Engagement aller an der Broschüre Beteiligten verdiene hohe Anerkennung, lobte er. Der Wegweiser liege in allen Geschäftsstellen der Sparkasse im Landkreis aus, sagte Schäfer, damit stelle man eine breite Streuung sicher.

Dankesworte

Für den Arbeitskreis „Selbsthilfe und Gesundheit“ dankte Matthias Grimm für den ansprechenden Rahmen bei der Vorstellung des Wegweisers. Auch er lobte Landrat, Landratsamtsmitarbeiter, die Mitarbeiter des Gesundheitsamtes mit Dr. Erwin Dittmeier und Dr. Hubert Hortig und die Fachkraft für Gesundheits- und Selbsthilfeförderung, Susanne Hembt, für deren Einsatz. Besonders erfreulich sei zudem, dass die Sparkasse das Vorhaben „in nicht unerheblicher Höhe“ unterstütze. An Landrat Roland Schwing überreichte Grimm ein Trikot als Zeichen der Anerkennung. □

Länderübergreifender Regionaltag in Ellwangen:

„Von Freunden lernen“

Das berufliche Bildungswesen und Schulkooperationen mit Betrieben standen im Mittelpunkt der diesjährigen gemeinsamen Exkursion der Vorstandschaften von CDU und CSU aus dem baden-württembergischen Ostalbkreis, dem nordschwäbischen Donau-Ries und Mittelfranken.

Die Delegationsleiter, Landtagsabgeordneter Winfried Mack, Landtagsfraktionsvorsitzender Georg Schmid und Staatsminister Joachim Herrmann wollten bei diesem länderübergreifenden Regionaltag „von Freunden lernen“. Die aus dem Besuch von Vorzeigebetrieben gewonnenen Erkenntnisse sollen helfen, innovative Standards auch andernorts umzusetzen. Besonders die zahlreich teilnehmenden Kommunalpolitiker nutzten die Gelegenheit zur Vertiefung der Kontakte.

„Strahlkraft des Südens“

Schon zum achten Mal fand dieser jährliche Gedankenaustausch statt, der – so Mack – „die Strahlkraft des Südens“ mit neuen Ideen beleben soll. Gemeint sind die deutschlandweit besten Kennziffern der Länder Bayern und Baden-Württemberg, auf denen sich die Union keineswegs ausruhen wolle. Mit Joachim Herrmann und Georg Schmid zeigte er sich einig darin, dass „eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Prosperität die Schullandschaft ist“.

Chancen für eine stark zukunftsgerichtete Entwicklung gibt es nach Ansicht Herrmanns nicht nur in den Metropolen, weil inzwischen viele ländliche Regionen mit einem breiten Bildungsspektrum den Anforderungen gerecht würden. Damit könnten auch junge Akademiker an die

Heimat gebunden werden, was beim Besuch des Peutingen Gymnasiums zum Ausdruck kam. Für Schulleiter Dr. Hermann Rieger sind berufsbegleitendes Studieren mit regionalem Bezug und in engem Kontakt mit der Wirtschaft hier „zu einem Erfolgsmodell geworden“. Theorie und Praxis seien eng verzahnt, elf individuelle Bildungswege und eine enge Zusammenarbeit zum Beispiel auch mit Volkshochschulen und anderen Bildungsträgern böten ein attraktives Gesamtkonzept für lebenslanges Lernen. „Um die dualisierte Ausbildung mit weitreichenden Verzahnungen werden wir weltweit beneidet“.

Klares Nein zur Einheitsschule

„Die von SPD, Grünen und anderen Linken immer wieder aus der Mottenkiste hervorgeholte Einheitsschule ist ein Modell von vorgestern“, meinte der mittelfränkische CSU-Bezirksvorsitzende Joachim Herrmann und gab damit dem „vieltägigen und variantenreichen Schulsystem“ eindeutig den Vorzug. Und dass auch die Hauptschule keine Sackgasse ist, bestätigte Schulleiter Peter Lehle beim Besuch des Kreisberufsschulzentrums Ellwangen, weil mehr als 100 weiterführende Möglichkeiten bestünden und in der Region nahezu die Hälfte der Hochschulzugangsberechtigungen an berufli-

chen Schulen erworben würde.

„Kein Abschluss ohne Anschluss“

Stolz sei das Schulzentrum auf seine vielfältigen Kooperationen nicht nur mit Betrieben, sondern zum Beispiel auch mit Grundschulen, mit Fernstudienanbietern und Behinderteneinrichtungen. „Kein Abschluss ohne Anschluss“ war sein Motto, welches für das Schulwesen in Baden-Württemberg wie in Bayern gelte. Das Ellwanger Modell mit gewerblicher, kaufmännischer und hauswirtschaftlicher Schule unter einem Dach und grenzübergreifender Zusammenarbeit mit Betrieben zum Beispiel aus Nördlingen und dem mittelfränkischen Dinkelsbühl fand bei den Delegationsmitgliedern viel Anerkennung.

Besuch bei Premiummarke

Das europaweit wichtige Premiummarken besonders in Bayern und Baden-Württemberg anzutreffen sind, unterstrich der Besuch bei der ebenfalls in Ellwangen angesiedelten Firma VARTA Microbattery. Geschäftsführer Herbert Schein stellte den weltweit bedeutendsten Batteriehersteller vor, der sich nicht nur durch ständiges Forschen auszeichne, sondern auch durch Heimattreue und dem Schutz der Umwelt als Unternehmensziel.

Schutz der Umwelt

Mit rund 500 Beschäftigten vor Ort und einem weltweiten Netzwerk habe sich VARTA zum Innovationsführer bei Knopfzellen und Minibatterien entwickelt. Firmeneigene Forschungsprojekte beschäftigten sich nicht nur mit immer leistungsfähiger und dabei kleiner werdenden Batterien, sondern auch zum Beispiel mit dem Zwischenspeichern regenerativer Energien als einem wesentlichen Zukunftsthema. Und in Kooperation mit der Automobilindustrie



Gemeinsam mit der Moosburger Bürgermeisterin und Freisinger Vizelandrätin Anita Meinelt und dem Freisinger Landtagsabgeordneten Dr. Florian Herrmann (l.) überreichte der Vorsitzende des Fördervereins der Moosburger Festspiele, Johann Stettmeier (r.), dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei Siegfried Schneider die Einladung zur Uraufführung des Freilicht-Schauspiels „Die Verbotene Stadt“.

Festspielsommer in Moosburg:

„Die verbotene Stadt“

Die Spannung steigt: Erstmals wird in der Dreirosenstadt im Juli und August das Freilichttheater „Die verbotene Stadt“ aufgeführt. Bei dem Festspiel, das am 16. Juli Premiere feiert, handelt es sich um ein einzigartiges Format, das hohen künstlerischen Anspruch mit großem Unterhaltungswert für das breite Publikum vereint.

Das Festspiel Moosburg umfasst zwei wesentliche Programmteile, die den Besucher mit der Historie Moosburgs in Berührung bringen: Das historisch begründete Freilichttheaterstück „Die verbotene Stadt“ stellt dabei den ersten herausragenden Bezugspunkt zur Geschichte dar. Es wird „Auf dem Plan“, vor der authentischen Kulisse von Kastulusmünster,

sei man dabei, Antriebszellen für die Autos der Zukunft zu entwickeln, und zwar „made in germany“. Für Winfried Mack, der das Programm im Ostalbkreis zusammengestellt hat, ist dies ein weiterer Beweis dafür, „dass es die Ideen sind, die den ländlichen Raum nach vorne bringen, nicht das Jammern“. Joachim Herrmann pflichtete ihm bei: „Es ist ein Markenzeichen von CSU und CDU, Forschung und Entwicklung zu fördern“. Und deshalb gehört nach den Worten von Georg Schmid „für den starken Süden der weitere Ausbau der Bildungsinfrastruktur zu den wichtigsten politischen Aufgaben“. pm

Johanneskirche und angrenzenden Bürgerhäusern aufgeführt. Zweitens präsentiert sich Moosburg während des Festspiels als Erlebniswelt, die dem Motto „Geschichte passiert“ folgt. Geschichte soll für Augen, Hände, Ohren und natürlich nicht zu vergessen den Geschmackssinn erlebbar gemacht werden. Dazu laden Gastronomie und Geschäfte zum Stöbern, Genießen und Verweilen ein.

Das Theaterstück „Die verbotene Stadt“ des im Jahr 2000 verstorbenen Historikers Dr. Günther Flohrschütz in der Adaption von Jochen Servatius fußt auf tatsächlicher Geschichte und entführt den Zuschauer tief ins Mittelalter: Es thematisiert den Konflikt zwischen der Adelsfamilie der Burghartinger und dem Stift St. Kastulus um die Herrschaft über die Siedlung Moosburg.

Konfliktreiche Jahre

Man schreibt das Jahr 1106. Die Moosburger Familie der Burghartinger hat ihre einflussreiche Stellung im Reich verloren, nur die Vogtei (Gewährung von Schutz und Ausübung bestimmter rechtlicher Funktionen) über das Stift St. Kastulus ist der Familie geblieben. Das Stift möchte die Schwäche der Burghartinger ausnutzen und sich seiner Vögte entledigen. Es kommt zum Konflikt, der über 20 Jahre andauert.

Während dieser Zeit wird der Familie nicht nur der Zutritt zum Stift St. Kastulus verweigert und das Betreten der Siedlung Moosburg verboten, sie wird auch an der Ausübung ihres Amtes als Vogt gehindert. Nach Intrigen und blutigen Kämpfen können erst das Eingreifen des Pfalzgrafen Otto von Wittelsbach und eine Liebesbeziehung die Auseinandersetzung beenden.

Das an vier Wochenenden präsentierte Festspiel steht unter der Schirmherrschaft der Stadt und des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Es wird im Vierjahresrhythmus wiederholt. Näheres unter www.festspiele-moosburg.de DK

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 22. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge
- Winterdienst-Planung · Städtereinigung
- Fachliteratur

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufskleidung

hardusch
Textil-Mietdienste
Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
€ 360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Hausmeisterservice

Biete
Hausmeisterservice
im Großraum München
Chiffre: GZ-17252

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Posifach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
a BUCHER company
Gmeiner GmbH
Winterdiensttechnik - Germany
Daimlerstraße 18 · 92533 Wernberg-Köblitz
Telefon: +49 (9604) 93267-0
Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
gerasmühlstr. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für **pladde.de**
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!